



Emsdetten

Der Innenausschuss hat das Drama um das Attentat auf die Schule in Emsdetten aufgearbeitet. Das Gebäude wurde renoviert, der Schulbetrieb inzwischen wieder aufgenommen, aber die seelischen Wunden bleiben.

S. 3

Haushalt

Zwei Tage lang hat der Landtag in zweiter Lesung über den Landesetat 2007 debattiert. Meist wurden die Einzelpläne mit der Koalitionsmehrheit gebilligt. Änderungsanträge der Grünen wurden abgelehnt.

S. 4-11

Pflege

In einer älter werdenden Gesellschaft wird die Pflege immer wichtiger. Aber sie soll den Menschen zugute kommen und nicht durch Bürokratie geschmälert werden. Experten redeten dazu im Gesundheitsausschuss.

S. 14

Vereinbarkeit

Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, fällt immer noch schwer. Nach Fortschritten auf politischem Gebiet hat die Koalition jetzt die Wirtschaft aufgerufen, mehr dafür zu tun. Debatte im Frauenausschuss.

S. 17

Die deutsche Ratspräsidentschaft in der EU – das ist die große Chance zur politischen Weichenstellung. Hohe Erwartungen werden daran geknüpft: Wiederbelebung des Verfassungsprozesses, Stärkung der Stellung Europas als Friedensmacht und Einbindung der neuen EU-Mitglieder. Wichtig sind auch die Arbeit an einem europäischen Energiekonzept, der Klimaschutz und einheitliche Sozial- und Umweltstandards. Natürlich ist dabei in erster Linie die Bundeskanzlerin mit der Bundesregierung gefordert. Was aber kann Nordrhein-Westfalen zu einem Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft beitragen? Dazu hat „Landtag intern“ die vier europapolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen befragt (Seite 12 und 13).

Montage: Schälte

Müllimport

Man muss lange nachdenken, um darauf zu kommen, dass gegen die Verbrennung australischen Giftmülls in Deutschland juristisch nichts einzuwenden ist. Die Voraussetzungen sind erfüllt, die Genehmigung deswegen nicht zu versagen. Der Müll kann nach Herten auf die Reise gehen. Dort steht eine der modernsten Verwertungsanlagen auf der Welt, das RZR. Das ist sozusagen der „Fluch der Hochtechnologie“: Weil der Verursacher keine solche wirksame, effiziente und umweltschonende Anlage hat und – dem Vernehmen nach – die australische Bevölkerung den Bau einer solchen Einrichtung nicht haben will, sucht man eben global nach einer umweltgerechten Verwertung und findet sie in Herten, Dormagen und Leverkusen. Besser wäre es natürlich, NRW würde sein Know-how in den fünften Kontinent exportieren. Dann könnte der Sondermüll dort verursachernah entsorgt werden (Seite 15).

NRW2007.

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
„Es hätte schlimmer ausgehen können“	3
<i>Ausschuss lobt Polizeieinsatz bei Amoklauf von Emsdetten</i>	
Koalition lässt sich nicht beirren	4-11
<i>Heftige Kritik der Opposition an den Einzelplänen des Landesetats</i>	
Generationen und Familie, Kinder und Jugend	4
Frauen	4
Integration und Eine Welt	5
Schule	5
Gemeindefinanzierungsgesetz	6
Arbeit und berufliche Weiterbildung	6
Gesundheit und Soziales	6
Justizministerium	7
Ministerpräsident	7
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	8
Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	8
Finanzministerium und Allgemeine Finanzverwaltung	8
Innen und Verwaltungsstrukturreform	9
Sport	9
Wirtschaft und Mittelstand	10
Energie	10
Landesplanung	10
Städtebau und Wohnen	11
Verkehr	11
„Die europäische Idee braucht neue Leidenschaft“	12-13
<i>Interviews mit den europapolitischen Sprechern der Fraktionen</i>	
Leidige Pflicht zur Dokumentation	14
<i>Bürokratie beansprucht viel Arbeitszeit der Pflegekräfte</i>	
Ungeliebter Import	15
<i>Ausschuss diskutiert Verbrennung australischen Giftmülls in Hertfen</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	16
Jede sechste Frau betroffen	17
<i>Koalition will Entscheidungsfreiheit von Stalkingopfern wahren</i>	
Kinder und Karriere	17
<i>Antrag für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Christian Lindner (FDP)	19
FCL: Dreifacher Triumph	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Die Menschen für Europa gewinnen

Nordrhein-Westfalen will die deutsche Ratspräsidentschaft in der EU aktiv unterstützen. Wie bitte? Ein Bundesland begibt sich auf europäisches Parkett? Eine Region greift sozusagen nach den Sternen?

Warum nicht? Im Kampf gegen die Europaskepsis in den Mitgliedsstaaten – nicht nur in denen, wo die Bevölkerung gegen die Europäische Verfassung gestimmt hat – kann die deutsche Bundeskanzlerin nicht genug Bundesgenossen haben. Und Nordrhein-Westfalen ist nicht irgendein Land. Unser Land liegt im Herzen Europas. Es hat mehr Einwohner als mancher EU-Staat. Seine Wirtschaftskraft ist stark.

Die Begeisterung für Europa, die in dieser deutschen Ratspräsidentschaft wieder geweckt werden soll, kann man von oben zu entfachen versuchen. Aber der Kampf um Hirne und Herzen der Menschen wird vor Ort, auf der Ebene der Länder, ausgetragen. Erfolge werden hier erzielt.

INITIATIVEN

Landtag und Landesregierung sind sich dessen bewusst. In diesen Tagen debattiert das nordrhein-westfälische Parlament über den ehrgeizigen Versuch, die deutsche Ratspräsidentschaft als Motor für ein handlungsfähiges, bürgernahes und zukunftsfestes Europa zu nutzen. Daraus werden weitere parlamentarische Aktionen erwachsen.

Die Landesregierung ihrerseits plant vielfältige Aktivitäten und hat ein umfassendes Informationsangebot aufgelegt. Wer im Internet die Seite www.nrw2007.eu aufruft, dem öffnet sich ein Portal voller Nachrichten, Erläuterungen, Hintergründe, Verweise und Downloadmöglichkeiten, vielseitig und interaktiv.

Vor 50 Jahren, im März 1957, wurden die Römischen Verträge geschlossen. Das war der Anfang des Weges zum vereinten Europa. Ein halbes Jahrhundert auf diesem Weg – gibt es schon die Vereinigten Staaten von Europa, eine gemeinsame Außenpolitik? Ist der Wirtschaftsriese Europa schon ein weltpolitisches Schwergewicht? Noch nicht, aber Ansätze dazu sind vorhanden.

Zu wenig für 50 Jahre? Das mag der eine oder die andere so sehen. Aber um Berge zu erklimmen, muss man erst einmal die Mühen der Ebene bewältigt haben. Wer wüsste das besser als die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Sie machen sich in die Zukunft auf, die europäischer ist als je zuvor.

JK

„Es hätte schlimmer ausgehen können“

Ausschuss lobt Polizeieinsatz bei Amoklauf von Emsdetten

Auch zwei Monate nach dem Amoklauf eines ehemaligen Schülers an der Geschwister-Scholl-Realschule im westfälischen Emsdetten sitzt der Schock bei Schülern, Lehrern und Eltern immer noch tief. Traurige Bilanz: 37 Verletzte – davon zwei schwer – und ein Toter. Nach der Tat hatte sich der 18-jährige Sebastian B. selbst gerichtet. Dem schnellen und professionellen Einsatz der Polizei- und Rettungskräfte sei es zu verdanken, dass nicht höhere Opferzahlen zu beklagen sind, hieß es aus dem Innenministerium. Im Innenausschuss (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) wurden die Ereignisse nochmals aufgearbeitet.

Die Einsatzkräfte haben die Situation sofort richtig eingeschätzt und zielgerichtet unter Inkaufnahme eines hohen Eigenrisikos gehandelt,“ betonte Ministerialdirigent Carl von Bauer aus dem Innenministerium.

Theo Kruse (CDU) dankte dem Innenminister, dass er unmittelbar nach Amtsantritt ein so genanntes Amoktraining bei der Polizei auf den Weg gebracht habe. Zudem wollte er die Position des Innenministers zum vieldiskutierten Verbot von „Killerspielen“ erfragen. Lobende Worte für den Polizeieinsatz fand auch Horst Engel (FDP): „Alle Achtung, weiter so!“ Allerdings müsse im Bereich der Prävention noch einiges unternommen werden. Sein Appell: „Hinsehen statt wegsehen.“ Dies habe nichts mit Denunziantentum, sondern mit Wahrnehmen von Verantwortung zu tun.

„Absolute Hochachtung“ vor dem mutigen Handeln der Einsatzkräfte äußerte auch Monika Düker (GRÜNE). Nach dem Vorfall habe es eine Diskussion über eine Verschärfung des Waffenrechts gegeben. Düker wollte wissen, wie der Minister dazu stehe. Worte des Dankes gab es auch von Sören Link (SPD): „Ich möchte dem Innenminister und der Schulministerin dafür danken, dass Sie so schnell vor Ort waren und sich persönlich ein Bild von der Lage gemacht haben.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) bedankte sich für die „positiven Voten“. Er werde diese an die Beamten weitergeben. Das schnelle

Vorgehen der Polizei sei nicht selbstverständlich gewesen, „denn die Wachdienstbeamten sind nicht als geschützte SEK-Beamte dort hineingegangen, sondern nur durch ihre schusssichere Weste geschützt gewesen“.

Zudem wies er darauf hin, dass es hundertprozentige Sicherheit vor solchen Anschlägen nicht geben könne. Umso wichtiger sei es, die Kooperation zwischen Polizei und Schule auszubauen. Die Kernlehre laute: „Man muss sich mehr um die Nachbarn kümmern. Wenn man sieht, dass jemand abdriftet, dann hat man die Pflicht und Schuldigkeit, das entsprechend weiterzuleiten.“

In der Frage nach Gesetzesverschärfungen warnte er vor Schnellschüssen. Sowohl für „Killerspiele“ als auch für Waffen gebe es gesetzliche Regelungen. Es sei fraglich, ob man durch zusätzliche gesetzliche Regelungen Probleme löse. ax

Die Tat: Am Morgen des 20. November 2006 erreicht Sebastian B. gegen 9.20 Uhr mit einem Pkw seine ehemalige Schule. Mit mehreren Waffen und Sprengmitteln ausgerüstet betritt er das Schulgelände. Auf dem Weg zum Schulhof, auf dem sich zur Pause viele Schüler aufhalten, zündet er Rohrbomben und Rauchkörper und eröffnet wahllos das Feuer auf entgegenkommende Personen. Eine Lehrerin, die ihm folgt, bewirft er mit einer Rauchbombe und verletzt sie im Gesicht. Auf dem Weg zum Haupteingang gibt er Schüsse auf Schüler ab und verletzt drei von ihnen. Unmittelbar darauf verletzt er den 55-jährigen Hausmeister durch einen Bauchschuss schwer. Durch den Haupteingang betritt er anschließend das Schulgebäude, schießt in der Aula auf eine Schülergruppe und verletzt dadurch einen Schüler schwer. Auf dem Weg ins zweite Obergeschoss feuert er in eine weitere Schülergruppe und verletzt dadurch zwei zehn- und zwölfjährige Schülerinnen. Im zweiten Stock angekommen, zündet er Rauchtöpfe und einen Molotowcocktail. Es kommt zu starker Rauchentwicklung, wodurch weitere Personen verletzt werden. Im oberen Flur des Schulgebäudes tötet sich der 18-Jährige mit einer Vorderlader-Perkussionswaffe schließlich selbst.

Der Polizeieinsatz: Gegen 9.30 Uhr wird die Polizei durch die Schulleitung über den Amoklauf informiert. Erste Einsatzkräfte treffen um 9.34 vor Ort ein und dringen unverzüglich in das Schulgebäude ein. Durch zeitgleiche Räumungsmaßnahmen des Lehrpersonals und weiterer Polizeikräfte gelingt es, das Schulgebäude schnell zu evakuieren und Verletzte ärztlich zu versorgen. Gegen 9.58 Uhr treffen erste Kräfte eines Spezialeinsatzkommandos (SEK) ein. Gegen 10.36 Uhr finden diese im obersten Stockwerk den Täter leblos am Boden liegend und stellen in dessen Umfeld Brand- und Sprengsätze sowie drei Schusswaffen fest. Wegen der Vielzahl der Sprengvorrichtungen wartet das SEK das Eintreffen eines Entschärfungsteams ab. Später werden in dem vor der Schule geparkten Fahrzeug des Täters weitere Waffen und Sprengsätze gefunden.

Der Täter: Nach Angaben des Ministeriums entstammte Sebastian B. „unauffälligen Familienverhältnissen“. Er galt als introvertierter Einzelgänger und Waffenliebhaber. Seine Freizeitgestaltung konzentrierte sich auf Computerspiele, Horrorvideofilme sowie auf so genannte Airsoft-Spiele. Vor der Tat war er einmal polizeilich in Erscheinung getreten. Im Juli 2006 hatte er während eines Open-Air-Festes eine Schreckschusswaffe gezogen. Die daraufhin alarmierte Polizei stellte die Waffe sicher und erstattete Strafanzeige.



Neujahrsempfang ...

... bei Bundespräsident Horst Köhler (M.) in Berlin: Landtagspräsidentin Regina van Dinter (r.) hier bei der Begrüßung durch die Frau des Bundespräsidenten, Eva Luise Köhler, überbrachte bei dieser Gelegenheit für die Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen Neujahrsgriße an das Staatsoberhaupt. Nach dem Empfang sagte die Landtagspräsidentin: „Es war mir eine große Freude und Ehre, an diesem Neujahrsempfang des Bundespräsidenten teilnehmen zu können. Im Namen des Bundespräsidenten und in meinem Namen wünsche ich den Menschen in unserem Land ein frohes, glückliches und gesegnetes Jahr 2007.“

Foto: Bundespresseamt



Haushaltsplan 2007



Nordrhein-Westfalen
Einzelplan 01
Band I

Koalition lässt sich nicht beirren

Heftige Kritik der Opposition an den Einzelplänen des Landesets

Als Dokument einer „Koalition der Täuschung und Enttäuschung“ hat die Opposition den Haushaltsentwurf des Landes für 2007 bezeichnet. Bei der zweiten Lesung Ende vergangenen Jahres warfen SPD und GRÜNE Schwarz-Gelb vor, auf Kosten der jungen Generation und der Familien zu sparen. CDU und der Koalitionspartner FDP wiesen das als „Rechenakrobatik“ der Opposition zurück und bekräftigten ihre Entschlossenheit, angesichts der enormen Schulden und der hohen Zinslasten am Konsolidierungskurs festzuhalten. Zu Beginn der zweitägigen Haushaltsberatung hatte der Landtag mit der Koalitionsmehrheit auch dem Nachtragshaushalt für 2006 in dritter Lesung zugestimmt.

GENERATIONEN UND FAMILIE, KINDER UND JUGEND

Wolfgang Jörg (SPD) sagte, der Haushalt mache klar, „Kinder sind in NRW nicht willkommen“. Trotz des vom Ministerpräsidenten ausgerufenen Jahr des Kindes sei wie in keinem anderen Bereich gekürzt worden, meinte der Abgeordnete und qualifizierte die Regierung als „Koalition der Täuschung und Enttäuschung“. Die über das Land verteilten Familienzentren – „eigentlich eine gute Idee“ – würden mit Aufgaben überfrachtet. Den dafür nötigen finanziellen Rahmen erhielten sie nicht. Sie seien nichts als „Blendwerk“.

Marie-Theres Kastner (CDU) bat, „keine Lügen“ zu verbreiten: Im Gegensatz zu den Behauptungen der Opposition werde im Einzelplan 15 (Familienministerium) in diesem Jahr nicht gekürzt. Es könne mit dem flächendeckenden Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren begonnen werden – das sei eine „gute Botschaft ins Land“. Die Abgeordnete kündigte an, dass man in Kürze mit der Reform des Gesetzes über die Tageseinrichtungen für Kinder ein neues Finanzierungssystem einführen werde.

Andrea Asch (GRÜNE) beharrte: „In keinem anderen Politikbereich ist so gekürzt worden wie bei Familien, Frauen, Jugendlichen und Kindern.“ Kindergartenkinder seien das „Sparopfer

Nummer eins“. Die sieben Millionen Euro zusätzlich für die Familienzentren seien „lächerlich“ angesichts von Kürzungen in dreistelliger Millionenhöhe zulasten der Kinder und Eltern. Die Familienzentren würden mit neuen Aufgaben belastet und dafür mit 1.000 Euro im Monat abgespeist – „wunderbar“.

Christian Lindner (FDP) wandte sich dagegen, bloß auf den Etat des Generationenministers zu schauen und sich zu fragen, „wie viele Taler dort mehr eingestellt“ worden sind. Es komme vielmehr darauf an, „dass der Politikansatz einer Koalition die Interessen der Kinder und Jugendlichen insgesamt in den Blick nimmt. Da haben wir uns nichts vorzuwerfen.“ In der Integrationspolitik habe ein Umsteuerungsprozess begonnen, an dessen Ende Integrationsagenturen stehen würden.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) unterstrich, im Haushalt dieses Jahres stehe genauso viel Geld zur Verfügung wie im Vorjahr. Rot-Grün habe in der Vergangenheit mit viel Geld Modellprojekte an ein paar Standorten im Land gemacht. Das habe mehr oder weniger gut funktioniert, „danach war das Projekt beendet“. Der Minister: „Wir haben den umgekehrten Weg gewählt.“ Die neue Koalition habe den Grundgedanken, Familienbildung und Familienberatung mit den Kindertagesstätten zusammenzulegen und für diese Vernetzungsarbeit mehr Geld bereitzustellen.

FRAUEN

Gerda Kieninger (SPD) kritisierte, nach den Kürzungen der Vergangenheit im Bereich Gewaltschutz und Frauengesundheit werde nun von der Koalition die Axt an die Regionalstellen angelegt. Frauenpolitik stehe nicht mehr auf der Agenda. Scheinbar sei der Kernbereich des Frauenhaushalts von weiteren Kürzungen verschont geblieben, „faktisch stellen wir aber fest, dass das Geld überall dort, wo es konkret um Frauenpolitik geht, von der Koalition der Täuschung und Enttäuschung einfach gestrichen wird“.

Maria Westerhorstmann (CDU) stellte klar: „Wir begreifen Frauenpolitik als echte Querschnittsaufgabe.“ Mit ihrer Neuausrichtung der Frauenpolitik wolle die Regierung Mädchen und Frauen gezielter als bisher fördern. Der Ausbau der Familienzentren, die Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen, der Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige – das seien alles „Maßnahmen, von denen auch Frauen profitieren“.

Barbara Steffens (GRÜNE) war anderer Meinung: Was hier die Koalition vortrage, das sei keine Frauenpolitik, „sondern das größte Rollback in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen“. Sie erinnerte dabei an die zurückgeführte Förderung der Frauenhäuser und der

Regionalstellen „Frau und Beruf“. Kurz: „Herr Minister Laschet, Sie sind kein Frauenminister, sondern ein Minister, der Frauenpolitik in diesem Land kontinuierlich abwickelt.“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) sagte: „Der Haushaltsentwurf zeigt, dass die Lasten der Konsolidierung gerecht auf alle Schultern verteilt werden und die soziale Infrastruktur nicht zerschlagen wird.“ Die Mittel für die Frauenpolitik seien nicht gekürzt worden. Ihre Fraktion trete für eine der heutigen Zeit angepasste Frauenpolitik ein, die Benachteiligungen abbaue und Gewalt bekämpfe. Nach den Einschnitten im Jahr 2005 habe 2006 keine einzige Einrichtung schließen müssen.

Frauenminister Armin Laschet (CDU) war der Überzeugung, „dass die Frauenpolitik der Landesregierung den aktuellen Bedürfnissen von Frauen entspricht“. Bei den Frauenhäusern sei die Infrastruktur erhalten geblieben. Die Neuausrichtung bei der beruflichen Gleichstellung sollte die Opposition auch als Chance begreifen, regte Laschet an und verlangte: „Akzeptieren Sie, dass das gleiche Geld wie 2006 bereitgestellt, aber eben für neue Mechanismen eingesetzt wird.“

INTEGRATION UND EINE WELT

Renate Hendricks (SPD) lehnte mit Nachdruck die Kürzung für die Stiftung Umwelt und Entwicklung ab. Diese sei deswegen dabei auszublenden und nicht mehr handlungsfähig. Den ersten vier Mitarbeitern sei gekündigt worden, „wie es mit den übrigen Mitarbeitern weitergeht, weiß niemand so richtig“. Der Ministerpräsident solle in dieser Angelegenheit ein Machtwort spre-

onsfraktionen den „Reformdruck auf die Stiftung“. Der Abgeordnete weiter: „Mit Bitterkeit“ müsse er festhalten, dass die Mittel für Integration „durch jahrzehntelange rote und rot-grüne Misswirtschaft verbrannt worden sind“. Jetzt gehe es darum, das Wenige, was man noch habe, möglichst zukunftsgerichtet einzusetzen.

Andrea Asch (GRÜNE) monierte, der Aktionsplan Integration der Landesregierung erhalte im Haushalt keinen Cent mehr als 2006. Dabei wisse der Minister, dass die Arbeit etwa der regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwanderungsfamilien mehr Geld erfordere. In der Eine-Welt-Politik sehe es noch „sehr viel düsterer“ als in der Integrationspolitik aus. Der Stiftung Umwelt und Entwicklung werde gar der „Garaus“ gemacht.

Christian Lindner (FDP) verteidigte die bessere Ausstattung der Stiftung Wohlfahrtspflege, bei der es um die Lebenschancen von behinderten Menschen geht, zulasten der Entwicklungstiftung als „Arrondierung“. In der Migrationspolitik schließlich habe die neue Koalition „institutionell-organisatorisch Weiterentwicklungsprozesse angestoßen“.

Integrationsminister Armin Laschet (CDU) nannte die Behauptung falsch, für die Integrationspolitik werde nicht mehr Geld zur Verfügung gestellt: Es seien zwei Millionen Euro mehr, wobei die Sprachförderung noch nicht einmal mit hinzugezählt sei. Das Politikfeld „Integration und Generationen“ sei für den Zusammenhalt der Gesellschaft entscheidend. Hier seien 2006 ganz entscheidende Signale gesetzt worden, die in diesem Jahr nun in konkreter Umsetzung weiter aufgefüllt würden.

geweckt habe, Stück für Stück zu enttäuschen. So entwickle sich das Schlagwort „Priorität für Bildung“ mehr und mehr zur Farce und zur Leerformel. Von den versprochenen 4.000 zusätzlichen Lehrern bleibe durch Stellenabbau nur die Hälfte übrig. Der Haushalt wachse um 28 Millionen Euro, diesem Zuwachs stünden aber Versorgungsansprüche der im Haushalt pensionierten Beamten in Höhe von 122 Millionen Euro gegenüber.

Bernhard Recker (CDU) zeigte sich dankbar dafür, „dass der Schwerpunkt Bildung bei den Haushaltsberatungen oberste Priorität genießt“. Den Unterrichtsausfall habe man in andert-halb Jahren um 45 Prozent reduziert – bei den Grundschulen sogar um 76 Prozent. „Fakt ist, das Jahr 2006 markiert den Anfang einer neuen Ära in der Bildungspolitik des Landes.“ Schwarz-Gelb habe Wort gehalten und die Weichen neu gestellt.

Sigrid Beer (GRÜNE) wandte gegen den Haushalt ein, in ihm setze Schwarz-Gelb die Prioritäten deutlich schulformbezogen. Für Schülerinnen und Schüler mit schwieriger Lernausgangslage und Zuwanderungsgeschichte werde die Hauptschule künstlich am Leben erhalten, „damit sich Realschule und Gymnasium nicht um den Anspruch individueller Förderung für alle Kinder kümmern müssen“. In der Weiterbildung gebe es erneut eine Kürzung um mehr als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) erklärte, ihre Partei halte eine solide und qualitätsorientierte Weiterbildungslandschaft in NRW für unverzichtbar. Es sei ein „Kraftakt“, dass im Jahr 2007 für die Weiterbildung rund 100 Millionen Euro zur Verfügung stünden – in der Summe vier



Fotos: Schälte

Wolfgang Jörg (SPD)

Marie-Theres Kastner (CDU)

Andrea Asch (GRÜNE)

Christian Lindner (FDP)

Integrationsminister
Armin Laschet (CDU)

chen und dem unkoordinierten Verhalten ein Ende setzen.

Michael Solf (CDU) konnte sich an „sinnstiftende Projekte“ der Stiftung nicht erinnern. Insofern erhöhten die Beschlüsse der Koaliti-

SCHULE

Ute Schäfer (SPD) stellte fest, die Landesregierung sei dabei, die großen Erwartungen, die sie bei der Übernahme der Verantwortung im Land

Millionen mehr als 2006. In den Schulen schaffe der Haushalt der Koalition die Voraussetzung für eine weitere qualitative Verbesserung.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) nannte als Eckdaten für den Haushalt: Investitionen

Haushalt

für Sprachförderung, individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, Ausbau des Ganztagsangebots, 1.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall, 1.322 zusätzliche Stellen für Lehr- amtsanwärter/Referendare, Aufstockung des Fortbildungsbudgets für die Schulen und mehr Mittel für die Ersatzschulen. Die Ministerin: „Mit dem Haushalt 2007 setzen wir im Schulbereich konsequent unseren Kurs fort.“

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ

Markus Töns (SPD) hielt der Koalition vor, sie saniere den Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen. Durch die Herausnahme der Gewerbesteuer aus der Verbundumlage kürze sie die Mittel für die Städte und Gemeinden um 165 Millionen Euro. Schwarz-Gelb stelle die „kommunalfeindlichste Landesregierung, die Nordrhein-Westfalen in 60 Jahren erlebt hat“.

Rainer Lux (CDU) stellte richtig, es handele sich dabei nicht um die Gewerbesteuer, sondern um die Grunderwerbsteuer. Das sei sicher eine Belastung der kommunalen Familie, aber dieser Beitrag zur Konsolidierung der Landesfinanzen sei weder willkürlich, noch erfolge er aus unlauteren Motiven. „Die Kommunen müssen jetzt für die jahrzehntelange unverantwortliche Schuldenpolitik der vergangenen rot-grünen Landesregierung mitbezahlen.“

Horst Becker (GRÜNE) wandte sich gegen den Begriff „Konsolidierung“ – in Wahrheit gehe es hier gesamtstaatlich um ein Verschieben der Verschuldung vom Land auf die Kommunen.

den Berg, die Finanzlage bleibe nach wie vor ernst. Aber: Trotz des Konsolidierungsbeitrags für den Landeshaushalt erhielten die Kommunen nach wie vor 23 Prozent am Landesanteil der Gemeinschaftssteuern.

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) meinte mit Blick auf die Finanzlage von Land und Kommunen: „Beiden geht es noch immer viel zu schlecht.“ Trotz des erforderlichen und schmerzlichen Umsteuerungsprozesses erhielten die Kommunen 904 Millionen Euro mehr, „das ist doch eine gute Botschaft“. Die SPD beklage die Anhebung der Elternbeiträge für Kindergärten. Die in angemessenem Umfang anzuheben, sei notwendig. Darum: „Lassen Sie die Kirche im Dorf!“

ARBEIT UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Rainer Schmeltzer (SPD) erkannte bei der Arbeitsmarktpolitik ein „Debakel“. Der Abgeordnete: „Sie ziehen sich aus der Landesverantwortung zurück, prahlen aber an anderer Stelle mit enormen Mitteln des Europäischen Sozialfonds.“ Leidtragende seien Langzeitarbeitslose, Frauen, Jugendliche und Menschen mit Zugangshemmnissen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) betonte, die Arbeitslosenquote gehe in NRW zurück. Das sei durch eine gute Politik der neuen Regierung und durch die konjunkturelle Erholung zustande gekommen. Im Jahr 2007 würden für die Arbeitsmarktpolitik sowie für die Aus- und

Eine der sozialpolitischen Aufgaben des Landes liege auch darin, dafür zu sorgen, dass auch die Langzeitarbeitslosen und gering Qualifizierten vom wirtschaftlichen Aufschwung profitierten. Vom Minister verlangte sie, eine Gesamtkonzeption in der Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln.

Dr. Stefan Romberg (FDP) erinnerte daran: „Wenn man einen Schuldenberg von 113 Milliarden Euro übernimmt, dann sind die finanziellen Bedingungen schlecht und die Möglichkeiten, überhaupt noch Arbeitsmarktpolitik zu machen, auf ein Minimum beschränkt.“ Schwerpunkt der schwarz-gelben Maßnahmen sei der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Junge Menschen könne man nicht jahrelang erfolglos in Warteschleifen „parken“.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) nannte die drei Handlungsfelder, zu denen sich Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag erklärt habe: Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang ins Berufsleben, Förderung von Menschen mit Behinderungen, Migranten und Älteren sowie Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Unternehmen. Der Minister meinte, die Arbeitsmarktpolitik müsse eine „erkennbare Ausrichtung, Konturen und ein Gesicht haben“.

GESUNDHEIT UND SOZIALES

Rainer Bischoff (SPD) zog als Fazit: „Die Arbeit der Vorgängerregierung in der Gesundheits- und Sozialpolitik fortzusetzen, ist gut und rich-



Die Kommunalpartei CDU bringe nicht den Mut auf, die Politik zu machen, die sie vor Jahren versprochen habe: den Gemeinden nämlich mehr zu geben und nicht zu kürzen.

Horst Engel (FDP) urteilte: „Die Kommunalfinanzen befinden sich gleichwohl auf einem Weg der Erholung nach stark defizitären Jahren.“ Die kommunale Familie sei noch nicht über

Weiterbildung in NRW einschließlich der EU-Mittel zusätzlich 75 Millionen Euro eingesetzt. Mit insgesamt 400 Millionen Euro „kümmern wir uns insbesondere um benachteiligte Menschen“.

Barbara Steffens (GRÜNE) kritisierte die Meinung des Arbeitsministers, Zielgruppenmaßnahmen gehörten nicht zu seinen Aufgaben.

tig. Das tut die neue Landesregierung allerdings nicht in allen Punkten. Wo sie das nicht tut, arbeitet sie fehlerhaft (...) Sie zerstört das Vertrauen der dauerhaften Partner. Darüber hinaus ist ihre Gesundheits- und Sozialpolitik zum Teil unberechenbar. In vielen Punkten greift ihre Politik zu kurz. Großen Ankündigungen des Ministers folgen viel zu wenige und viel zu kleine Taten.“

Ursula Monheim (CDU) teilte diese Einschätzung „überhaupt nicht“. Im Bereich Gesundheit und Soziales gebe es keine wesentlichen Kürzungen, einige Bereiche seien sogar komplett davon ausgenommen. Dazu zählten wie schon im Vorjahr Maßnahmen für Menschen mit Be-

nur zur Absenkung der Nettoneuverschuldung, sondern auch zum Abbau von Engpässen im Justizbereich genutzt werden. Zu Oppositionszeiten habe die CDU immer vollmundig Zusagen eingefordert; das habe sie jetzt in der Regierung „schlichtweg vergessen und gebro-

im Land zu Recht von uns erwarten“. Also: Verbesserung der Rahmenbedingungen im Strafvollzug, Ermittlung der Ursachen der Gewalt im Vollzug, Installation eines Ombudsmannes als unabhängiger Ansprechpartner der Inhaftierten. Die Binnenmodernisierung der Justiz

Fotos: Schälte



hinderung und Präventionsmaßnahmen in der Gesundheit vor allem bei Kindern und Jugendlichen.

Barbara Steffens (GRÜNE) wandte sich gegen die vom Minister vorangetriebene Kommunalisierung in der Aids- und Suchtberatung: Die Kommunen wollten das nicht. Die angestrebte Verständigung mit den Beteiligten sei immer noch nicht gegeben. Mit der Kommunalisierung gebe das Land auch die Steuerung aus der Hand, warnte sie.

Dr. Stefan Romberg (FDP) wehrte sich gegen Kritik an der Krankenhausfinanzierung. Schwarz-Gelb gebe hier deutlich mehr aus als die frühere rot-grüne Landesregierung. Das Sonderprogramm von 40 Millionen Euro sollte man nicht als „Spielgeld des Ministers“ herabsetzen. Im Übrigen müsse man im Zeichen von Konsolidierung verantwortliche Prioritäten setzen. Das tue man mit diesem Haushalt.

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) kündigte die Weiterentwicklung des NRW-Krankenhausgesetzes an. Es müsse eine neue Balance zwischen einem staatlichen Ordnungsrahmen und der unternehmerischen Eigeninitiative der Krankenträger geben. Allgemein gebe es eine gute Grundstruktur in NRW, allerdings „bei erheblichen Überkapazitäten in der stationären Versorgung und strukturellen Schwächen im Krankenhausangebot“.

JUSTIZMINISTERIUM

Frank Sichau (SPD) betonte, angesichts eines seit Jahren „auf Kante genähten“ Justizhaushalts sollten die vermehrten Steuereinnahmen nicht

chen“. Inzwischen sei aber wieder eine gewisse Einsicht gefolgt.

Harald Giebels (CDU) verlangte eine Änderung in der Prozesskostenhilfe; die mache derzeit schon rund zehn Prozent des gesamten Justizhaushalts aus. Wenn man dann noch bedenke, dass große Teile des Etats durch Personalausgaben gebunden seien, dann sei an das Ziel zu erinnern, „den Justizhaushalt so zu bewirtschaften, dass wir effektiven Rechtsschutz, einen funktionierenden Vollzug und insgesamt eine leistungsfähige Justiz in Nordrhein-Westfalen ermöglichen“.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) bezweifelte, dass durch das „in hektischer Reaktion“ geschnürte Maßnahmenpaket in den Anstalten ein Klima geschaffen werden könne, „in dem soziale Integration tatsächlich stattfinden kann“. Die Abgeordnete: „Wenn wir uns vor Augen halten, dass der Jugendstrafvollzug in Deutschland eine Rückfallquote von 76 Prozent produziert, dann reicht eine Aufstockung des Wachpersonals an Wochenenden in der Justizvollzugsanstalt Siegburg sicherlich nicht aus.“

Dr. Robert Orth (FDP) vermisste bei den Sprechern der Opposition Selbstkritik und wertete darum ihre Stellungnahmen als „Scheinheiligkeit pur“. Angesichts der vorgefundenen Verhältnisse im Strafvollzug konzentriere sich die Landesregierung darauf, die Situation durch mehr Personal und die Streichung von kw-Vermerken zu verbessern – schon vor Siegburg übrigens.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) erklärte, mit ihrem Maßnahmenpaket tue die Landesregierung genau das, „was die Menschen

werde fortgesetzt. „Die Justiz befindet sich trotz ganz erheblicher Herausforderungen auf richtigem Kurs.“

MINISTERPRÄSIDENT

Wolfram Kuschke (SPD) stellte dem Etat des Ministerpräsidenten ein „vernichtendes Urteil über die Politik der Landesregierung“ aus. Der Abgeordnete vermisste eine klare Schwerpunktsetzung in der Europapolitik und diagnostizierte ein Versagen in der Medienpolitik „auf der ganzen Linie“.

Ilka von Boeselager (CDU) betonte, in der Strukturpolitik sei man ein großes Stück weitergekommen. So werde Wettbewerb ebenso zugelassen wie die private Unterstützung in Form von Kofinanzierung. Außerdem unterstütze das Land die deutsche EU-Ratspräsidentschaft.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) sah das anders: „Eigenständige, nach vorne gerichtete Politik – Fehlzanzeige!“ Während der Ministerpräsident das Sparen predige, werde in der Staatskanzlei nicht gespart, sondern „dick und fett draufgesattelt“. Es gebe Geld für das Image des Ministerpräsidenten, aber keins für die Bedeutung Europas für NRW oder die Menschen im Land.

Dietmar Brockes (FDP) sah in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft den Auftrag, im Verfassungsvertrag weiterzukommen und die Chance, für NRW eigene Akzente zu setzen, „so dass bei zukünftigen wichtigen Entscheidungen gerade für Nordrhein-Westfalen allen Entscheidern die Position und die Situation in NRW bekannt sind“.

Europaminister Michael Breuer (CDU) machte auf den Sparbeitrag der Staatskanzlei und die Verdopplung des Kulturförderhaushalts bis Ende der Legislaturperiode aufmerksam. Das sei in Zeiten knappster Kassen ein mutiger Politikschwerpunkt, fand der Minister und fügte an: „Wir machen eine gute und solide Haushaltspolitik in der Staatskanzlei.“

INNOVATION, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

Karl Schultheis (SPD) erkannte eine Diskrepanz zwischen dem Credo des Ministerpräsidenten, NRW werde bis zum Jahre 2015 Innovationsland Nr. 1 sein, und dem vorliegenden

rungsgrundlage für die Hochschulen geschaffen“. Zudem habe das Hochschulfreiheitsgesetz „den Ordnungsrahmen für das Hochschulwesen in einzigartiger Weise modernisiert“ und den Hochschulen wirklich Handlungsmöglichkeiten eröffnet.

Innovationsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) betonte, 2007 markiere den „Beginn der Ära des Zukunftspaktes, der den Hochschulen eine verlässliche Finanzierung bis zum Ende der Legislaturperiode garantiert“. Der „Dreiklang“ der Innovationspolitik bestehe darin, die besten Bedingungen für qualitativ hochwertige Lehre zu schaffen, den Schwerpunkt auf Spitzenforschung zu setzen und den strategischen Umbau der Hochschullandschaft fortzusetzen.

„einfach nicht die Hosen anzuhaben“. Statt die Interessen des Landes selbstbewusst und selbstbestimmt zu vertreten, ordne sich der Minister dem Diktat der Finanzpolitik, der FDP sowie der Wirtschaft unter.

Holger Ellerbrock (FDP) wies die Kritik der Opposition zurück: „Sie haben jegliches Recht auf Kritik an finanziellen Einsparungen verwirkt, weil Sie über Jahre zusätzliche Schulden zur Klientelbefriedigung gemacht haben.“ Die Haushaltslage lasse keinen nordrhein-westfälischen Sonderweg zu. „Die Vorgaben aus Berlin und Brüssel werden eins zu eins umgesetzt.“

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) nannte es ein „Ritual“ der Opposition, jede Einsparung



Haushaltsentwurf. In Wirklichkeit sei dieser Einzelplan eine Mogelpackung nach dem Motto „rechte Tasche, linke Tasche“. Unter dem Strich werden den NRW-Hochschulen im nächsten Jahr 24,7 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen, so Schultheis.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) machte deutlich, während Rot oder Rot-Grün bei den Hochschulen jahrzehntelang auf Überregulierung und Detailsteuerung gesetzt hätten, wage Schwarz-Gelb endlich den richtigen und großen Schritt: „Wir geben den Hochschulen die Freiheit und wir geben ihnen auch das Geld dazu.“

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) sprach dem Etatentwurf jegliche Innovationskraft ab: Er sei nicht zukunftsfähig, da er nicht genügend Studienplätze schaffe. Zudem sei er unsozial, da junge Menschen durch Studiengebühren vom Studium abgehalten würden. Außerdem sei er frauenfeindlich, da Schwarz-Gelb die Programme zur Chancengleichheit komplett zurückfahre.

Christian Lindner (FDP) zog ein anderes Fazit: Durch die Einführung von Studienbeiträgen und die Entscheidung über den Zukunftspakt habe man eine „nachhaltig planbare Finanzie-

UMWELT, NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Svenja Schulze (SPD) sprach von „Streichorgie“ und „Kahlschlag in der Naturschutz- und Umweltpolitik“. Die Landesregierung habe kein eigenes Klimaschutzkonzept. Darüber hinaus bleibe sie Antworten auf wichtige Herausforderungen wie steigende Energiekosten oder das Aussterben von bedrohten Tierarten schuldig. Schwarz-Gelb versuche stattdessen, Wirtschaft und Umwelt gegeneinander auszuspielen.

Marie-Luise Fasse (CDU) räumte ein, dass der Einzelplan „maßgeblich von einer umsichtigen, verantwortungsvollen Sparpolitik“ gekennzeichnet sei. Dies führe jedoch in keinem Fall dazu, dass wichtige Schwerpunkte wie Verbraucherschutz und Lebensmittelkontrolle, Umsetzung der EU-Richtlinien für Luftqualität und Umgebungslärm sowie Hochwasser- und Gewässerschutz künftig nicht mehr erfüllt werden könnten.

Johannes Remmel (GRÜNE) warf dem Umweltminister vor, in Sachen Umweltschutz-, Naturschutz- und Verbraucherschutzpolitik

zu beklagen. Zweifellos verlangten die Einsparungen in seinem Ressort in Höhe von 50 Millionen Euro eine „erhebliche Kraftanstrengung“. Zur Wahrheit gehöre jedoch auch, dass es in keinem Bereich zu Zusammenbrüchen gekommen ist oder notwendige Umweltaufgaben nicht mehr finanziert werden könnten.

FINANZMINISTERIUM UND ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG

Theo Peschkes (SPD) beschrieb die Lage der Finanzverwaltung als dramatisch. „Bei den Beschäftigten machen sich Unmut und Frust breit, weil sie sich mit all ihren Problemen vom Finanzminister allein gelassen fühlen und sich einer ständig wachsenden Arbeitsflut gegenübersehen.“ Obwohl die Steuereinnahmen in Milliardenhöhe stiegen, erhielten die Beamten lediglich Einmalzahlungen, mit denen sie „nicht einmal den Zucker für den Kaffee finanzieren können“.

Volkmar Klein (CDU) machte die rot-grüne Vorgängerregierung dafür verantwortlich, „dass wir leider nicht in der Lage sind, mehr Geld auszugeben“. Darüber hinaus bezeichnete er es als unseriös, wenn die Opposition bei Personal und

Aufgaben immer wieder Mehrausgaben verlangen, gleichzeitig jedoch eine zu hohe Nettokreditaufnahme des Landes beklage. „Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen, Sie müssen sich schon entscheiden.“

Rüdiger Sagel (GRÜNE) bezeichnete die schwarz-gelbe Finanzpolitik grundsätzlich als „unsolide, unsozial und ungerecht“. Insbesondere die Personalpolitik sei „schlichtweg eine Katastrophe“. Diese Einschätzung teile zum Beispiel die Gewerkschaft der Polizei ebenso wie die Steuergewerkschaft und die Personalräte. Gleichzeitig wecke der Ministerpräsident mit seiner Hartz IV-Debatte hohe Erwartungen, ohne dass tatsächlich etwas passiere.

einzigsten positiven Akzent“. In 60 Jahren Landesgeschichte habe es keine Regierung geschafft, „in so kurzer Zeit einen derartigen Vertrauensverlust in der inneren Politik herbeizuführen.“ Wie sonst sei es zu erklären, dass die Polizei in NRW „inzwischen offensichtlich mehr Demonstrationen macht als begleitet?“

Theo Kruse (CDU) konterte: „Die Landesregierung kann die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte nicht in einer Periode korrigieren.“ Innere Sicherheit bleibe jedoch eine Kern- und Zukunftsaufgabe. Die Sicherheit der Bürger werde keinesfalls dem Finanzdiktat desolater öffentlicher Haushalte zum Opfer fallen. „Deswegen verfolgen wir konsequent die Linie, Polizeivollzugskräfte im Vollzugsdienst

politischen Voodoo-Zauber, bestehend aus Gerüchten, Verdächtigungen und Provokationen.“ Rot-Grün habe es in zehn Jahren nicht geschafft, die Polizeistruktur zu modernisieren. „Wir dagegen haben innerhalb von 18 Monaten drei Präsidien abgeschafft, und wir werden die fünf Bezirksregierungen von Polizeiarbeit befreien.“

SPORT

Theo Peschkes (SPD) kritisierte, der Sport friste unter Schwarz-Gelb „haushaltsmäßig ein Schattendasein“. Die Koalition habe die Chance, neue sportpolitische Impulse zu setzen, schlichtweg verpasst. Auch die „mit großem Tamtam“ angekündigte Schaffung von fünf



Dr. Robert Orth (FDP) verteidigte die Neustrukturierung der Finanzverwaltung. So werde ergebnisoffen geprüft, ob durch die Zusammenlegung von Finanzämtern Synergieeffekte erzielt werden können. Gleiches gelte für die Betriebsprüfer: Während die Opposition lautstark mehr Betriebsprüfer fordere, werde man zunächst die Auswirkungen abwarten, nachdem Schwarz-Gelb alle von der Vorgängerregierung geschaffenen, aber unbesetzten Stellen besetzt hat.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU), die stellvertretend für den erkrankten Finanzminister sprach, wies die Vorwürfe der Opposition zurück. So sei die Steuerverwaltung ausdrücklich von der Stellenkürzung um 1,5 Prozent pro Jahr ausgenommen. Durch Arbeitszeitverlängerung sei es gelungen, das Arbeitsvolumen konstant zu halten. Zudem sei der Vorwurf einer mangelnden Kommunikation zwischen Finanzminister und den Finanzämtern nicht haltbar.

INNEN UND VERWALTUNGSSTRUKTUREREFORM

Dr. Karsten Rudolph (SPD) warf der Regierung vor, mit ihrer Innenpolitik in der Kraftlosigkeit zu versinken. Der Einzelplan enthalte „keinen

und nicht fachfremd für Verwaltungstätigkeiten einzusetzen.“

Monika Düker (GRÜNE) resümierte: 2006 sei aus Sicht von Polizei und Feuerwehr, der Flüchtlinge und im Hinblick auf die Bürgerrechte kein gutes Jahr gewesen. Der Minister habe das Land mit einer „unorganisierten, chaotischen Polizeireform“ überzogen. Zudem habe eine „inhumane Abschiebepaxis sondergleichen“ in NRW Einzug gehalten. Und das neue Verfassungsschutzgesetz NRW sei mit „immensen Einschnitten in die Bürgerrechte“ verbunden.

Horst Engel (FDP) verteidigte die Polizeireform: Erst nach der Regierungsübernahme sei in vollem Umfang deutlich geworden, „wie viel Fehlentwicklung im Apparat steckt, wie viele ausgebildete Polizeibeamte Verwaltungsarbeit leisten“. Man habe sich entschlossen, diese „Schätze“ zunächst zu heben. „Die Operation, erst Sand aus dem Getriebe herauszulassen, bevor wir mit frischem Geld den Landshaushalt belasten, ist die richtige.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) wandte sich an die Opposition: „Wir haben kein Wort über Zahlen und Fakten gehört, sondern nur einen innen-

neuen Sportschulen habe sich letztendlich als „Lachnummer“ herausgestellt.

Holger Müller (CDU) wies die Vorwürfe seines Vorredners zurück: Sowohl die Übungsleiter als auch die Sportpauschale blieben auch 2007 auf Vorjahresniveau. Nach Jahren des Abbaus habe die neue Landesregierung bei den Betroffenen endlich wieder für Planungssicherheit gesorgt – und das bis 2010.

Ewald Groth (GRÜNE) meinte, der Sport in NRW lebe derzeit noch von den Erfolgen der Vergangenheit mit einem grünen Sportminister. Die Eigeninitiative des jetzigen Sportministers tendiere hingegen gegen Null. Auch bei den Sportwetten sei kein Konzept zu erkennen. „Sie lassen den Sport im Stich!“

Christof Rasche (FDP) unterstrich, dass die Mittel für Übungsleiter- und Sportpauschale auch 2007 in unveränderter Höhe von sechs bzw. 50 Millionen Euro ausgezahlt würden. Die Mittel für den überregional bedeutsamen Sportstättenbau würden sogar um 1,7 Millionen auf 7,3 Millionen Euro aufgestockt.

Minister Dr. Ingo Wolf (FDP) hob die Bedeutung der Sportstiftung hervor: „Die Stiftung leistet

gute Arbeit. Wir wollen, dass sie das auch weiterhin tut.“ Beim Thema Dopingbekämpfung stellte er eine höhere Kontrolldichte in Aussicht. Zudem müsse man „den Common Sense erreichen, dass nur derjenige ein würdiger Sieger ist, der nicht gepusht hat“.

WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

Thomas Eiskirch (SPD) zog zunächst ein positives Fazit: NRW gehe es wirtschaftlich besser, es gebe mehr Wachstum, ein besseres Investitions-

Niemand behaupte, dass diese Entwicklung allein auf die schwarz-gelbe Koalition zurückzuführen sei. „Tatsache ist aber, dass uns nach eineinhalb Jahren Regierungsarbeit mit vielen Reformprojekten der erfolgreiche Einstieg in die marktwirtschaftliche Erneuerung des Landes gelungen ist.“ Die Förderung des Mittelstandes – das „Rückgrat der NRW-Wirtschaft“ – stehe im Zentrum der Bemühungen.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) betonte, dass sie den Kurs der Haushaltssanierung mit all seinen Auswirkungen auf ihren eigenen Etat

tur, eine leistungsfähige Energieforschung und eine nachhaltige Entwicklung freizuschäufeln.

Reiner Priggen (GRÜNE) stimmte seinem Vorredner in der Frage der Steinkohle zu: „Wir beenden hier richtigerweise etwas, das keine Perspektive hat.“ Gleichzeitig warf er der Regierung Versäumnisse vor: In der Frage nach einem Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt und beim Klimaschutz und Emissionshandel sei die Bilanz erschreckend. Schwarz-Gelb bewege sich in „randständigen Themen“ wie der Atomenergie, statt das vorhandene Potenzial bei den



klima und mehr Arbeitsplätze. Verantwortlich dafür sei jedoch die Große Koalition in Berlin mit ihrem Wachstums- und Marktanzreizprogramm. Die Landeswirtschaftsministerin habe hingegen „einen absolut impulsarmen Haushalt“ vorgelegt.

Lutz Lienenkämper (CDU) widersprach: Er begrüßte es außerordentlich, dass Ministerin Thoben den Mittelstand in den Fokus ihrer Politik gerückt habe. „Gute Wirtschaftspolitik bemisst sich allein daran, wie man durch verlässliche Strukturen Menschen und Betriebe dazu bringt, wieder eigenständig unternehmerisch tätig zu werden.“ Weg von der Regelungspolitik, hin zur Ordnungspolitik – das sei der „Kompass des Haushalts, der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen“.

Reiner Priggen (GRÜNE) kritisierte, dass nach Abzug der Mittel für die Steinkohle 70 bis 80 Prozent des restlichen Wirtschaftsetats auf EU-Programme entfalle. „Das heißt, die Wirtschaftsförderung des Landes vollzieht sich im Wesentlichen in den EU-Programmen.“ Da über diese Programme in Gremien ohne Beteiligung des Landesparlaments entschieden werde, seien sie für die Abgeordneten weder nachvollziehbar noch kontrollierbar. „Das ist aus meiner Sicht nicht hinnehmbar.“

Dietmar Brockes (FDP) zeigte sich erfreut über den Aufwärtstrend in der NRW-Wirtschaft.

nicht nur ertrage, sondern aus Überzeugung mittrage. Statt Klagelieder anzustimmen, dass der Wirtschaftsetat zu nahezu 60 Prozent von Steinkohlesubventionen bestimmt sei, konzentriere sie ihre Energie auf einen zielgerichteten und effizienten Einsatz des verbleibenden Budgets – immerhin 415 Millionen Euro.

ENERGIE

Norbert Römer (SPD) meinte, die Ministerin versuche den Menschen „vorzugaukeln“, die bei der Steinkohle eingesparten Mittel würden anderweitig in die Wirtschaft des Landes investiert. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung verrate jedoch, dass dies „ein billiges Täuschungsmanöver“ sei. Gleiches gelte für die erneuerbaren Energien: So werde versucht, die Windenergie mit „bürokratischen Hürden systematisch zu behindern“. Lediglich für die Atomenergie seien plötzlich Landesmittel vorhanden.

Christian Weisbrich (CDU) erteilte dem von der SPD geforderten Sockelbergbau eine Absage: „Kohleförderung in NRW ist genauso sinnlos wie Tomatenzucht in Alaska.“ Die jahrzehntelange Vergeudung finanzieller Ressourcen für die Steinkohle mache „das ganze Elend sozialdemokratischer Misswirtschaft und Klientelpolitik“ deutlich. Der Koalition gehe es darum, die Kohlemilliarden für eine moderne Infrastruk-

erneuerbaren Energien und bei der konventionellen Kraftwerkstechnik auszuschöpfen.

Dietmar Brockes (FDP) hielt fest: „Schnellstmöglicher Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau und ohne einen Ausstiegsschluss kein Börsengang der RAG.“ Mit ihrer „völlig unrealistischen“ Forderung nach einem Sockelbergbau gefährde die SPD nicht nur den Börsengang, sondern auch mehrere Zehntausend Arbeitsplätze im so genannten weißen Bereich der RAG. Zudem warb Brockes für ein Umdenken: „Wie sollen wir ohne Kernenergie das CO₂-Ziel erreichen?“

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) zeigte sich überrascht: Sie habe kein Verständnis dafür, dass der Abgeordnete Römer ihr vorwerfe, sie versuche alte Strukturen zu zementieren. Schließlich sei er es, der sich „gegen jede wirtschaftliche Vernunft“ für einen Sockelbergbau in NRW einsetze. Gleiches gelte für den Vorwurf, sie sei mit ihrer Politik nicht nah genug bei den Menschen: Die SPD setze sich für den privilegierten Kreis von rund 30.000 Bergleuten ein, ohne dabei die knapp eine Million Arbeitslosen in NRW im Auge zu haben.

LANDESPLANUNG

Professor Dr. Gerd Bollermann (SPD) zog ein klares Fazit. Die Regierung sei mit zwei Ankün-

digungen gestartet: Das Landesplanungsgesetz werde novelliert und der Dualismus von Landesentwicklungsprogramm sowie Landesentwicklungsplan aufgehoben. Bislang sei nichts davon zu erkennen.

Hubert Schulte (CDU) erwiderte: Wegen der Wichtigkeit und der Bedeutung des Landesplanungsgesetzes könne man sich keine „Schnellschüsse“ erlauben, auch wenn die SPD bei der vorgesehenen Novellierung noch so viel Eile einfordere.

Reiner Priggen (GRÜNE) verwies auf den im Bundesvergleich hohen Flächenverbrauch in NRW. „Wenn das so weitergeht, haben wir bald mehr Verkehrs- und Siedlungsfläche als Wald.“ Auch nach anderthalb Jahren lasse die Regierung jegliche Lösungsansätze vermissen.

Holger Ellerbrock (FDP) plädierte dafür, die Novelle des Landesplanungsgesetzes „lieber ein bisschen langsamer, aber dafür vernünftiger“ anzugehen. Man wolle nicht dem Beispiel der SPD folgen und dem Parlament über 50

die Menschen in diesem Land mit adäquatem Wohnraum zu versorgen und Innovationen voranzutreiben.“

Heinz Sahnen (CDU) nannte es eine „Mär“, dass die Landesregierung das Wohnungsbauvermögen abschmelzen lasse. Man werde die Förderpolitik auch 2007 auf hohem Niveau weiterführen. Zudem habe man sich von bürokratischen Hemmnissen befreit – Stichwörter Fehlbelegungsabgabe, Zweckentfremdungs- oder Kündigungssperrfristverordnung.

Horst Becker (GRÜNE) vermisste im Etatentwurf jeglichen Gedanken sozialer Gerechtigkeit. Vielmehr sei er geprägt von dem „ideologischen Grundsatz der Heuschreckenpartei“ sowie von einem Minister, der unbeirrt dem Grundsatz „Privat vor Staat“ folge. Schon als Oberbürgermeister Gelsenkirchens habe er der Stadt damit „riesige“ Altlasten hinterlassen.

Christof Rasche (FDP) betonte, dass sich die Grundlagen für die Wohnungsbaupolitik in den vergangenen Jahren verändert haben: Der

bedürfnisse der Bürger wider, sondern vielmehr die Einsparwünsche des Finanzministers. Die Liste der konkreten Beispiele sei lang. Es sei festzuhalten: Dem Weniger an Finanzmitteln stehe ein immer Mehr von Ankündigungen des Ministers gegenüber.

Bernd Schulte (CDU) bezeichnete den Etat als „gelungene Mischung aus Konsolidierung sowie Erschließung und Eröffnung neuer Chancen“. Schwarz-Gelb habe für einen grundlegenden Wechsel in der Verkehrspolitik gesorgt, den „ideologisch begründeten Vorrang einzelner Verkehrsträger“ abgebaut und Planungsrecht für wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen geschaffen.

Horst Becker (GRÜNE) warf dem Minister vor, er katapultiere das Bahnland Nr. 1 in die verkehrspolitische Vergangenheit: „Mit dem Modell der Straßenvorrangpolitik kehren wir in die 70er Jahre zurück. Klimakatastrophe und die Herausforderungen des demographischen Wandels sind bei diesem Verkehrsminister offensichtlich noch nicht angekommen.“



redaktionelle Änderungen am Gesetzestext zumuten.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) hielt fest: „Wir sind dabei, die Präzisierung der Ziele voranzutreiben. Für den Einzelhandel haben wir es probiert, bei der Rohstoffsicherung sind wir noch dran.“ Künftig gehe es um die Präzisierung der Gewerbeflächenkonzepte, Energiewirtschaftsstandorte und die Definition von Kulturlandschaftsgebieten.

STÄDTEBAU UND WOHNEN

Monika Ruff-Händelkes (SPD) warf der Landesregierung vor, sie folge im Bereich Stadtentwicklung und Bauen dem Motto: Weniger gestalten, weniger investieren und immer mehr einsparen. „Das trifft in allererster Linie das Landeswohnungsvermögen, das dazu da ist,

Wohnungsmarkt sei in weiten Teilen entspannt, vielfach gebe es eine Überregulierung und in Altbeständen zunehmend Leerstände. Darauf habe die Koalition mit einem Neuanfang in der Städtebau- und Wohnungspolitik reagiert.

Bauminister Oliver Wittke (CDU) erklärte: Vor dem Hintergrund eines Fördervolumens von über 900 Millionen Euro im Jahr 2007 so zu tun, als würde soziale Wohnraumförderung in NRW nicht mehr stattfinden, sei eine „Unverschämtheit, die ihresgleichen sucht“. Man werde die Mittel nur nicht mit der Gießkanne, sondern gezielt verteilen. Gleiches gelte für die Städtebauförderung.

VERKEHR

Reinhard Jung (SPD) meinte, der Entwurf zum Verkehrsetat spiegele nicht die Mobilitäts-

Christof Rasche (FDP) betonte, Mobilität – also Verkehr und Logistik – sowie Arbeitsplätze und Wirtschaft gehörten untrennbar zusammen. Dieses Grundverständnis habe Rot-Grün zehn Jahre lang völlig ausgeblendet. Durch die Gleichbehandlung aller Verkehrsträger habe Schwarz-Gelb eine Wende in der Verkehrspolitik eingeleitet und in Teilen bereits realisiert.

Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) nannte abschließend einige Zahlen: Fast 134 Millionen Euro flössen im Jahr 2007 in die Landesstraßen. Im Vorjahr seien für Betrieb, Bau und Unterhaltung von Bundesfernstraßen 934 Millionen Euro ausgegeben worden – das sei ein Rekordbetrag. Zudem werde der Bund für die Vorplanung des Rhein-Ruhr-Express 20 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Insgesamt ein gutes Fazit für Nordrhein-Westfalen, so der Minister. ■

„Die europäische Idee braucht neue Leidenschaft“

Interviews mit den europapolitischen Sprechern der Fraktionen

Die Herausforderungen sind vielfältig, die Erwartungen hoch: Anfang des Jahres hat Deutschland für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Der Fortgang des europäischen Integrations- und Verfassungsprozesses sowie die gerade vollzogene EU-Erweiterung liegen dabei im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Darüber hinaus ist die europäische Energie- und Klimaschutzpolitik ins-

Was erwarten Sie von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007?



Ilka von Boeselager (CDU)

Von Boeselager: Aus Sicht der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion muss die deutsche EU-Ratspräsidentschaft Motor für ein handlungsfähiges, bürgernahes und zukunftsfestes Europa sein. Wir erwarten vor allem neue Impulse für die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags. Der Verfassungsvertrag ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer institutionell reformierten und politisch handlungsfähigen EU, für die wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten einer Medaille sind. Wir begrüßen auch das Vorantreiben der Initiativen zur besseren Rechtsetzung, zum Bürokratieabbau und zum „Lissabon-Prozess“. Wichtig ist darüber hinaus eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Jede zukünftige Erweiterung muss die Fähigkeit der EU berücksichtigen, neue Mitglieder zu integrieren. Sollte die Türkei dauerhaft nicht in der Lage sein, ihre mit Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union zu erfüllen, müssen die ergebnisoffenen Beitrittsverhandlungen in vollem Umfang ausgesetzt werden.

Mit welchen Beiträgen kann NRW den erhofften Erfolg unterstützen?



Wolfram Kuschke (SPD)

Von Boeselager: Wir stellen für die aktive nordrhein-westfälische Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Haushalt eigens 170.000 Euro zur Verfügung. NRW begleitet die Ratspräsidentschaft zudem mit einem speziell hierfür eingerichteten Internetauftritt (www.nrw2007.eu) und einer Vielzahl von Veranstaltungen und Aktivitäten. Wir haben uns als CDU-Landtagsfraktion mit einer parlamentarischen Initiative zur Europafähigkeit der Schulen erst jüngst in einem zentralen europäischen Politikfeld positioniert.

Wie wirkt sich die neue gemeinsame Energiepolitik der EU auf unser Bundesland aus?

Von Boeselager: Aus Sicht von NRW als europäischer Energieregion Nr. 1 muss im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft klargemacht werden, dass keine bestehende Möglichkeit für eine sichere, wirtschaftliche, ökologisch vernünftige und ausreichende Energieversorgung vernachlässigt werden sollte. In der Europäischen Union sind eine stärkere Vernetzung von nationaler und europäischer Energiepolitik und die Harmonisierung der Rahmenbedingungen und Standards notwendig. Hierbei muss NRW seine Interessen als Energiestandort einbringen und vor allem im Bereich der Energieforschung Impulse zu einer stärkeren Zusammenarbeit geben.

Kuschke: Die Erwartungen an eine halbjährige Präsidentschaft dürfen nicht zu hoch angesetzt werden. Daher ist es gut und realistisch, dass die Grundlage des Programms der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein Achtzehnmonatsprogramm der drei Präsidentschaften Deutschland, Portugal und Slowenien ist. Gleichwohl: in zwei Bereichen habe ich wie viele Bürgerinnen und Bürger hohe Erwartungen: Da ist zum einen die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft, die ganz wesentlich vom Fortgang des europäischen Verfassungsprozesses abhängt. Wie jeder Nationalstaat braucht gerade auch Europa eine Verfassung, die Rechte, Kompetenzen und Werte benennt. Zum anderen benötigen wir nach dem erfolgreichen Friedensprozess in Europa als Ergänzung und Weiterentwicklung klarere Vorstellungen von einem europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodell. Es ist gut, dass eine Ministerkonferenz sich daher mit der Wechselwirkung der drei Politikbereiche Wirtschaft, Beschäftigung und Soziales beschäftigen wird.

Kuschke: Ich rate hier zu einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten eines Bundeslandes. Wir sollten einige Themen des Präsidentschaftsprogramms wie bessere Rechtsetzung, demographischer Wandel, Stärkung der Städte und Regionen sowie des ländlichen Raums und Teilhabe am Arbeitsmarkt im Rahmen der Möglichkeiten von Landespolitik aufgreifen. Dies wäre eine sinnvolle Ergänzung nationaler und europäischer Bemühungen und würde vor allem eins verdeutlichen: ein föderales System wie die Bundesrepublik Deutschland mit Regionen mit Gesetzgebungskompetenz (Bundesländern) fördert starke Regionen in einem handlungsfähigen Europa.

Kuschke: Der Maßnahmenplan der Europäischen Kommission bietet die Chance zur strategischen Überprüfung der Energiepolitik, wir sollten uns daher nicht voreilig in kleinteiligen Diskussionen verlieren. Dabei begrüßen wir den Ansatz der Kommission, Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit der Energieversorgung und die Bewältigung des Klimawandels gemeinsam zu denken. Aber auch zukünftig wird es im Rahmen einer europäischen Energiepolitik differenzierte nationale Wege geben. Für uns gehört dazu auch – wie zunehmend in anderen europäischen Ländern – ein Sockelbergbau im Bereich der Steinkohle.

besondere für den Wirtschaftsstandort NRW von großer Bedeutung. Welche Möglichkeiten und Chancen sich aus der EU-Ratspräsidentschaft für Deutschland und NRW ergeben könnten, dazu befragte „Landtag intern“ Ilka von Boeselager (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Dietmar Brockes (FDP).

Löhrmann: Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft steht vor großen Herausforderungen und gleichzeitig in einer besonderen Verantwortung: Die EU muss fit gemacht werden für die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts. Aus Sicht der Grünen beinhaltet dies insbesondere die Schaffung und Weiterentwicklung eines sozialen und ökologischen Gesellschaftsmodells, die gerechte Gestaltung der Globalisierung, den Schutz unseres bürgerrechtlichen Fundaments und die Herausbildung einer europäischen Demokratie. Konkret bedeutet dies neben den Schwerpunkt-Themen Verfassung, Energie und Klimaschutz auch ein offensives Eintreten für eine einheitlichere Außen- und Sicherheitspolitik, damit Europa seiner Verantwortung als zivile Friedensmacht gerecht werden kann, etwa durch die Wiederbelebung einer Friedensperspektive für den Nahen Osten. Nach innen muss die Europäisierung der Asyl- und Migrationspolitik endlich auf die Tagesordnung, denn nicht zuletzt die humanitäre Katastrophe an den südeuropäischen Grenzen zeigt die Dringlichkeit des Engagements der deutschen Präsidentschaft für ein gemeinsames europäisches Vorgehen.

Löhrmann: Wir in NRW sind näher dran an den Bürgerinnen und Bürgern als die Bundespolitik. Deshalb liegt unsere Aufgabe meiner Meinung nach vor allem in der Vermittlung der Bedeutung und der Chancen Europas für unsere Bevölkerung. Die europäische Idee braucht neue Leidenschaft, auch und gerade für junge Menschen. Mehr Engagement erhoffen wir uns für die Einrichtung einer Grundrechte-Agentur sowie für die Herstellung von mehr Öffentlichkeit im Rat und einen transparenteren Umgang mit den Finanzen der EU.

Löhrmann: NRW hätte als „die“ Energieregion in Europa jetzt die Chance, entscheidende Weichen richtig zu stellen. Doch die Realität sieht anders aus. Die Klimaschutzpolitik wurde beendet, die erneuerbaren Energien werden aus ideologischen Gründen bekämpft, und der Ministerpräsident verkündet, dass er an der marktbeherrschenden Stellung der Stromkonzerne nicht rütteln will. So wird NRW Bremsen statt Motor auf EU-Ebene sein. Stattdessen träumt die Landesregierung von einer Renaissance des Hochtemperaturreaktors, wo doch unsere Kinder für die Folgekosten früherer Atom-Abenteuer in NRW zahlen müssen.

Brockes: Es muss gelingen, die vor dem Hintergrund der politischen Herausforderungen an Deutschland gestellten hohen Erwartungen zu erfüllen. Diese herausragende Chance muss ehrgeizig und mit leidenschaftlichem Einsatz für Europa genutzt werden. Das Projekt EU-Verfassung muss mit neuem Schwung in Gang gesetzt, der Lissabon-Prozess stärker vorangetrieben und an der Vision eines bürgernahen und transparenten Europas mit Nachdruck gearbeitet werden. Daneben ist die Energie-debatte für NRW eine der zentralen Herausforderungen. Und transparente Information der Bürger setzt aus Sicht der FDP voraus, dass EU-Dokumente auch in deutscher Sprache verfügbar sind.

Brockes: NRW profitiert als Wirtschaftsstandort insbesondere durch die Gewinnung ausländischer Investoren, die Erschließung neuer Märkte und die Intensivierung des Wissens- und Kulturaustausches vom Erfolg des europäischen Integrationsprozesses. Meine Vision ist ein Europa der Bürger. Europäischer Geist lässt sich nicht von oben verordnen. Die Ratspräsidentschaft muss genutzt werden, Europa vor Ort für die Bürger erlebbar zu machen. Sie müssen nachvollziehen können, dass die europäische Integration ein politisches, soziales und wirtschaftliches Erfolgsmodell ist. Vielfältige Aktivitäten und Infoveranstaltungen der Landesregierung sowie eine Begleitung durch den Landtag sind geplant. Als Vertreter des Landtags werde ich mich im Ausschuss der Regionen der EU mit aller Kraft dafür einsetzen, die Interessen des Landes in den europäischen Einigungsprozess einzubringen.

Brockes: Wir erwarten von der EU-Kommission ein klares Votum für einen breiten Energiemix ohne Diskriminierung einzelner Energieträger. Nur so ist aus Sicht der FDP eine preisgünstige, versorgungssichere und umweltverträgliche Energieversorgung möglich. Die Kommission hat der Kernenergie erst kürzlich eine unverzichtbare Rolle zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele beigemessen. Die Bundesregierung sollte dieser Empfehlung folgen. Für alle Erzeugungstechnologien sollte gleichermaßen gelten, dass sie sich ohne Subventionen am Markt durchsetzen müssen. Deshalb muss aus unserer Sicht die Überförderung einzelner regenerativer Energien kritisch überprüft werden und der Ausstieg aus dem deutschen Subventionsbergbau erfolgen.



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Dietmar Brockes (FDP)

*Die Fragen stellten
Jürgen Knepper und
Axel Bäumer.*

Leidige Pflicht zur Dokumentation

Bürokratie beansprucht viel Arbeitszeit der Pflegekräfte

Mehr Zeit und Zuwendung für pflegebedürftige Menschen – dieses Ziel verfolgen Anträge aller Fraktionen (CDU/FDP – Drs. 14/1984; SPD – Drs. 14/2410; GRÜNE – Drs. 14/2409), durch die die Pflegeeinrichtungen für die demographischen Herausforderungen der Zukunft fit gemacht werden sollen. Welche gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen seien, diskutierten die Abgeordneten mit Experten im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD).

Zentrales Thema waren die vielen Verordnungen, die den Alltag in der Pflegepraxis bestimmen. CDU und FDP nehmen in ihrem Antrag vor allem den Bürokratieabbau in den Blick. Für Diskussionsstoff sorgte daher die Definition von notwendigen und überflüssigen Regelungen. „Ist es sinnvoll, die 50-Prozent-Quote, die das Verhältnis von examinierten und angelernten Pflegekräften festsetzt, auch weiterhin beizubehalten“, fragte Ursula Monheim (CDU). „Wie könnte man die Qualitätssicherung flexibler gestalten, ohne weitere Bürokratie zu schaffen“, wollte auch Dr. Stefan Romberg (FDP) wissen.

„Wir brauchen nicht nur examinierte Pfleger, sondern auch Familien- und Heilerziehungspfleger sowie Hauswirtschaftler“, sagte Helmut Wallrafen-Dreisow von der Sozialholding der Stadt Mönchengladbach. „Solange es keinen adäquaten Ersatz gibt, können wir auf die Quote aber nicht verzichten, da sonst die Aushöhlung der Fachlichkeit droht.“ Der Experte äußerte die Befürchtung, dass hinter den Bestrebungen zur Abschaffung der Quote vor allem betriebswirtschaftliche Erwägungen stünden.

Der Prozentsatz an Fachkräften werde von den Bedürfnissen der jeweiligen Einrichtungen bestimmt, erklärte Hans-Peter Knips vom Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste.

Ein Dienstleister, der Wachkoma-Patienten betreue, habe einen weitaus höheren Bedarf an Fachkräften als ein Anbieter von haushaltsnahen Dienstleistungen. „Von den 300 Einrichtungen in unserem Verband hat kaum eine einen Fachkräfteteil von unter 60 Prozent, ganz im Gegenteil.“ Ein Anbieter könne nur durch Kompetenz am Markt bestehen.

MEHRFACHPRÜFUNG

Unter dem Stichwort „unnütze“ Bürokratie wurden weiterhin die Mehrfachprüfungen des Pflegebetriebs durch eine Vielzahl von prüfberechtigten Instanzen diskutiert. „Wie könnte eine gemeinsame Heimaufsicht realisiert werden“, fragte Norbert Killewald (SPD) die Träger. Welche fachlichen Schwerpunkte sollten gesetzt werden?

„Bei uns klappt die Kooperation von Heimaufsicht und Medizinischem Dienst der Krankenkassen (MDK) ausgesprochen gut“, sagte Friedrich-Karl Voß vom Amt für Altenhilfe in Mönchengladbach. Einrichtungen, die eine Prüfung ohne Mängel bestanden hätten, würden von der anderen Instanz nicht im selben Jahr erneut aufgesucht. „Wenn es etwas zu beanstanden gab, wird die Wiederprüfung ge-

meinsam durchgeführt.“ Mit dem Austausch der Berichte habe man kein Problem, meinte auch Dr. Barbara Gansweid vom MDK.

Bei der Prüfung wird vor allem die Pflegedokumentation unter die Lupe genommen. Damit das Pflegepersonal mehr Zeit für die psychosoziale Betreuung hat, planen CDU und FDP die Reduzierung der Dokumentationspflicht.

Viele der Experten sprachen in dem Zusammenhang von großer Verunsicherung unter den Pflegenden, vor allem darüber, was denn eigentlich dokumentiert werden müsse. Um sich rechtlich abzusichern, würden teilweise viel zu viele Aufzeichnungen gemacht.

„In die Pflegedokumentation gehört erstens die Zustandsbeschreibung, zweitens das Behandlungsziel und drittens ein Plan, auf welchem Weg dies mit den vorhandenen Ressourcen erreicht werden soll“, schlug Paul-Jürgen Schiffer vom Verband der Angestellten-Krankenkassen vor. Dann sei die Dokumentation auch hilfreich und sinnvoll.

Schnittstellenprobleme zwischen dem Heimgesetz (SGB XI) und der Sozialhilfe (SGB XII) befürchtete Barbara Steffens (GRÜNE) und wollte deswegen wissen, ob es nicht sinnvoller sei, beide Personengruppen in einem Gesetz zusammenzufassen.

„Es ergibt keinen Sinn, die Alten von den Behinderten zu trennen“, meinte Professor Gerhard Igl vom Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in Europa. „Beide haben Anspruch auf Hilfe zur gesellschaftlichen Teilhabe.“ Zwischen den pflegebedürftigen Alten und Behinderten existiere sowieso eine große Schnittmenge.

Um Abgrenzung bemüht war Pfarrer Hans Overkämping von der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz. „Für die Hospize ist kein Raum im bisherigen Heimgesetz“, sagte er. „Wir haben ein spezielles Klientel mit einer kürzeren Verweildauer und besonderen medizinischen Ansprüchen.“

YV



Vom Baufortschritt ...

... haben sich die Mitglieder des Rechtsausschusses in Aachen überzeugen können. Hier entsteht für 78 Millionen Euro der Gebäudekomplex für ein neues Justizzentrum. Es soll nach Fertigstellung, die für Ende dieses Jahres vorgesehen ist, sechs Justizbehörden – fünf Gerichte und die Staatsanwaltschaft – aufnehmen und wird dann 870 Bedienstete beherbergen. Bei der Besichtigung lobte Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) den Modellcharakter des Projekts. Am linken Bildrand Ausschussvorsitzender Dr. Robert Orth (FDP, 2.v.l.) und SPD-Sprecher Frank Sichau (rechts neben ihm). Zwischen beiden Monika Ruff-Händelkes (SPD). Rechts halb verdeckt Dr. Ruth Seidl von den Grünen, in der Bildmitte Horst Ellinghaus (CDU).

Hochtechnologie unter dem blauen Himmel über der Ruhr: das Rohstoffrückgewinnungszentrum Herten. Foto: AGR

Ungeliebter Import

Ausschuss diskutiert Verbrennung australischen Giftmülls in Herten

Muss australischer Giftmüll in NRW entsorgt werden? Die geplante Verbrennung von 11.000 Tonnen mit Hexachlorbenzol belasteter Abfälle vom fünften Kontinent in drei Anlagen in Herten, Leverkusen und Dormagen sorgte im Umweltausschuss (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) und in der Öffentlichkeit für Unmut. Allerdings, so erfuhren die Abgeordneten bei der von den Grünen beantragten Aktuellen Viertelstunde, sind die rechtlichen Möglichkeiten der Politik zumindest eingeschränkt.

Wir sind gegen den Import von Sonderabfällen aus Australien“, so Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU). Zumal der Transport derart gefährlicher Abfälle über riesige Entfernungen erhebliche Risiken berge. Allerdings bestehe „keine rechtliche Möglichkeit, den Import zu verhindern“. Hintergrund sind laut Uhlenberg die weltweit geltenden Regeln für den Transport gefährlicher Güter.

Laut EU-Abfallverbringungsverordnung ist die Genehmigung eine so genannte gebundene Entscheidung: Der Abfallbesitzer hat darauf Anspruch, wenn nicht einer der Einwandgründe der Verordnung vorliegt – etwa, dass die Anlage für Abfälle benötigt wird, die aus näher gelegenen Orten kommen oder dass die Verbrennung in der Anlage gegen deutsches Recht verstößt. „Dies ist nicht so“, konstatierte der Minister. So sei die Anlage zugelassen und auch die abgesenkte Verbrennungstemperatur von 900 Grad sei genehmigt, unterschreite die zugelassenen Grenzwerte sogar in Zehnerpotenz.

Konkret liege der Bezirksregierung Münster ein Antrag des Sprengstoffherstellers Orica auf „Zulassung der Verbringung von 5.000

Tonnen Hexachlorbenzol-belasteter Abfälle“ in der Sonderabfallverbrennungsanlage des Hertener „Rohstoffrückgewinnungszentrums Ruhr“ (RZR), einer hundertprozentigen Tochter des kommunalen Entsorgers AGR, vor. Eine Genehmigung sei allerdings noch nicht erteilt, da die Stellungnahmen der zuständigen australischen und südafrikanischen Behörden als Transitbehörden noch ausstünden. Nach Vor-

prüfung der Unterlagen des RZR scheinen die Voraussetzungen für die Erlaubnis – laut „Basler Abkommen“ Notifizierung genannt – jedoch gegeben.

In diesem Abkommen sei indes geregelt, dass solch giftige Stoffe „in der Nähe zu entsorgen sind“, erläuterte Johannes Remmel (GRÜNE) und wollte wissen, ob es in ganz Australien nicht eine solche Anlage gebe, wenn allein in NRW drei existierten.

2,4 MILLIONEN TONNEN ABFALL

Vielleicht solle man lieber Anlagentechnik exportieren statt Giftmüll importieren, mahnte Svenja Schulze (SPD) und schlug eine Kampagne vor, in NRW vorhandenes Know-how weltweit zu vermarkten. Einig waren sich die Abgeordneten aller Fraktionen auch darin, dass es nicht darum gehen könne, Müllverbrennungsanlagen zu stigmatisieren oder Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Schließlich ist NRW weltweit führend in Abfallverbrennungstechnologien – und damit ein Müllimportland. So kamen allein im vorletzten Jahr 2,4 Millionen Tonnen Abfall aus dem Ausland; 600.000 Tonnen waren Sonderabfälle. Beim RZR werden im Jahr 90.000 Tonnen gefährliche Abfälle verbrannt – überwiegend aus Deutschland, den Nachbarstaaten, ein kleiner Teil aus außereuropäischen Ländern.

„Wenn es stimmt, dass es weltweit nur fünf vergleichbare Anlagen gibt, macht eine Entsorgung hier Sinn“, urteilte Karl Kress (CDU) und sprach damit nicht nur seinem FDP-Kollegen Holger Ellerbrock aus dem Herzen. Dass der die weltweite Müllakquise begrüßte, vermochten viele Ausschussmitglieder aber dann doch nicht nachzuvollziehen. Auch das Innenministerium hat bereits einen Bericht vom Regionalverband Ruhr angefordert. Rechtlich verboten seien solche Geschäfte zwar nicht, sollten aber „von untergeordneter Rolle sein“.

Stoffkunde: HCB

Hexachlorbenzol, kurz HCB genannt, gehört zur Gruppe der Organo-Chlorverbindungen. Das farblose, kristalline Pulver ist in Wasser kaum, dafür in Benzol, Chloroform, Ether und Schwefelkohlenstoff gut löslich. Verwendung findet HCB in Arznei- und Düngemitteln, als Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel sowie als Fungizid, Insektizid und Holzschutzmittel. Es ist Zwischenprodukt zur Herstellung chlorierter Lösemittel. Die Verwendung von HCB ist in Deutschland (seit 1981) und 20 anderen Staaten verboten, in fünf weiteren Staaten eingeschränkt.

HCB ist als Krebs erzeugend (ohne genotoxische Effekte) eingestuft und kann Leber und Blut schädigen sowie Atem-, Verdauungswege, Augen und Haut reizen. Möglich ist eine Beeinträchtigung der Fortpflanzungsfähigkeit. HCB ist sehr giftig für Wasserorganismen.

Gefährlich sind Einatmen oder Verschlucken, aber auch die Resorption über die Haut. Schmelzpunkt: 229 Grad Celsius; HCB zersetzt sich oberhalb von 510 Grad Celsius.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuordnung der Landesplanung, wonach großflächiger Einzelhandel künftig nur noch in Innenstädten, Stadtteilzentren sowie Ortsmittelpunkten und nicht mehr auf der grünen Wiese angesiedelt werden soll, stieß im Grundsatz auf fraktionsübergreifende Zustimmung im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU). Der Handel solle wieder dort stattfinden, wo die Menschen leben, nur so erhalte man lebendige und lebenswerte Innenstädte, erläuterte Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Jens Baganz. Damit wolle man dem „Ausbluten“ vieler Innenstädte in NRW entgegenwirken. Davon betroffen sein werden Einkaufszentren und Handelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche von mehr als 1.200 qm. Da die geplante Gesetzesnovelle eine Vielzahl von Detailfragen aufwerfe, kündigten die Ausschussmitglieder jetzt bereits Bedarf an, diese im Rahmen einer Anhörung genauer zu erörtern.

+++

Der Markt für Nahrungsmittel aus biologischem Anbau boomt. Im **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) berichtete Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) von steigenden Preisen, teilweise aber auch von einer Verknappung der Produkte. Hintergrund sei der Einstieg der großen Discounter in den Bio-Markt. Aber kommt der Boom auch bei den NRW-Bauern an? Kann und soll Politik diesen Trend unterstützen? Während Teile der Opposition der Landesregierung die Kürzung der Fördermittel vorwarfen, sahen die Koalitionsfraktionen NRW im bundesdeutschen Vergleich noch „ganz vorn mit dabei“. Jeder Landwirt müsse seine Nische zwischen konventioneller Landwirtschaft, dem Anbau nachwachsender Rohstoffe und Bioanbau finden. Eine Umstellung auf Bio ist übrigens eine langfristige Angelegenheit: Erst wenn zwei Jahre nach biologischen Kriterien gearbeitet wird, erhalten die Produkte das Bio-Siegel.

+++

Müssen sich Besitzer von älteren Pkw künftig auf Fahrverbote in NRW-Innenstädten einstellen?

Dieser Frage widmete sich jetzt der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD): Hintergrund sind Medienberichte, wonach mehrere Kommunen in NRW planen, zum Abbau der Feinstaubbelastungen so genannte „Umweltzonen“ einzurichten, in denen nur schadstoffarme Fahrzeuge fahren dürfen. Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) verwies darauf, dass die Einhaltung der von der EU vorgegebenen Luftreinhaltepläne in der Verantwortung der Kommunen liege. Er appellierte jedoch an die Entscheidungsträger, das Instrument der Umweltzonen „mit Ver-

ratungsfirma mit einem Gutachten beauftragt worden sei. Dieses soll Mitte des Jahres vorliegen und deutlich machen, welche Bereiche umorganisiert werden müssten, ob private Organisationsformen sinnvoll seien und welche konkreten Maßnahmen des modernen Krankenhausmanagements ergriffen werden müssten. Frank Sichau (SPD) bat darum, über erste Ergebnisse zeitnah informiert zu werden. Des Weiteren beschäftigte ihn die Frage, ob das medizinische Personal des Justizkrankenhauses auch von den durch den Marburger Bund ausgehandelten verbesserten Arbeitsbedingungen profitieren werde. Angedacht ist, dass der Krankenhausbereich Personalautonomie erhält, während der Justizbereich behördlich organisiert bleibt.

+++

Mit einer Reihe von öffentlichen Anhörungen starten die Ausschüsse des Landtags ins Jahr 2007: Den Anfang macht der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) zusammen mit dem **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU) am 31. Januar. In der Anhörung, zu der mehr als 40 Sachverständige erwartet werden, wird es um die Psychiatrie in NRW gehen. Sitzungsbeginn ist um 10.00 Uhr im CDU-Fraktionssaal. Einen Tag später, am



Illustration: Peter Flock

1. Februar, hat der **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) eine öffentliche Anhörung zum Thema Generationenkonzepte anberaunt. Die Sitzung beginnt um 11.00 Uhr im Fraktionssaal der CDU. Am Nachmittag desselben Tages finden zwei weitere Anhörungen zeitgleich um 13.30 Uhr statt: Der **Ausschuss für Bauen und Verkehr** erörtert im SPD-Fraktionssaal zusammen mit Experten eine weitere Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes. Parallel werden im **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE) die Anträge der GRÜNE-Fraktion „Reformprozesse in Schule und Hochschule aufeinander abstimmen – Übergang Schule-Hochschule optimieren“ und der SPD-Fraktion „Hochschulen als Träger der beruflichen Ausbildung stärken“ im Rahmen einer Sachverständigenanhörung beleuchtet. Veranstaltungsort ist der CDU-Fraktionssaal.

+++

Das Justizkrankenhaus Fröndenberg soll effizienter und wirtschaftlicher werden. Deshalb schließt das Justizministerium eine Teilprivatisierung nicht aus. Im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) teilte Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) mit, dass eine externe Be-

Durchaus kein Kavaliersdelikt, andere mit seiner ungewünschten Präsenz zu behelligen, Terror durch unerwünschte Kontakte auszuüben oder jemanden mit Gewalt zu bedrohen. Dieses so genannte Stalking war Thema im Frauenausschuss. Montage: Schälte

Uns ist bewusst, dass sich durch die Gesetzesinitiative auf Bundesebene einiges verändert hat“, erklärte Barbara Steffens (GRÜNE) den Antrag ihrer Fraktion. Einen eigenen Straftatbestand zu schaffen sei der richtige Weg. Allerdings gingen ihr die Neuerungen nicht weit genug. „Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene gegen die Ausgestaltung als Privatklagedelikt einzusetzen.“ Es wäre ein falsches Signal, wenn die Staatsanwaltschaft von einer Klageerhebung absehen könnte. Damit wären die Opfer wieder auf sich allein gestellt.

„Die Betroffenen können so selber entscheiden, ob sie Anzeige erstatten wollen oder nicht“, verteidigte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) die Novelle. „Das ist auch gut so.“ Ein Automatismus sei nicht sinnvoll. „Bundestag und Bundesrat haben Stalking als Privatklagedelikt mit der Möglichkeit der Deeskalationshaft definiert“, sagte Rita Klöpfer (CDU). „Das ist ein wirksames Schutzmittel.“ Deswegen sei der Antrag überflüssig.

Den Sozialdemokraten hingegen ging der Antrag nicht weit genug: „Wir können noch mehr tun“, meinte Gerda Kieninger (SPD), „Schutz und Hilfe durch die Polizei ist immerhin die Aufgabe des Landes.“ Um sich noch eingehender mit dem Bremer Modell zu befassen,

Jede sechste Frau betroffen

Koalition will Entscheidungsfreiheit von Stalkingopfern wahren

Knapp vier Prozent aller Männer und jede sechste Frau in Deutschland werden in ihrem Leben Opfer von „Stalking“ (unerwünschtes und gewaltsames Nachstellen und Bedrängen). Bei der Suche nach einem Hilfe-Konzept für die Betroffenen schaut die GRÜNE-Fraktion nach Bremen, wo sich Stalking-Beauftragte als Ansprechpartner bewährt haben. Deswegen sieht der Fraktionsantrag „Stalking bekämpfen und Opfer wirksam schützen“ (Drs. 14/1557) vor, das polizeiliche Handlungskonzept der Stadt Bremen auf NRW zu übertragen.

schlug sie vor, Vertreter der dortigen Polizei einzuladen und sich deren Arbeit im Ausschuss vorstellen zu lassen.

Der Stadtstaat Bremen und das Flächenland NRW seien überhaupt nicht miteinander vergleichbar, lautete das Fazit des Berichts des NRW-Justizministeriums zum Bremer Modell und dem Vorgehen der Polizei in Nordrhein-

Westfalen (Vorlage 14/579). Diese sei hinreichend sensibilisiert für die Anforderungen des Problemkomplexes Stalking. Außerdem bekämen Betroffene bei 55 mit Landesmitteln geförderten Frauenberatungsstellen Rat und Hilfe.

Der Antrag der Grünen wurde am Ende mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der SPD abgelehnt. YV

Kinder und Karriere

Koalition will bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

„Wir wollen den Unternehmen bewusst machen, dass sie ohne familienfreundliche Arbeitsverhältnisse nicht mehr auskommen“, erklärte Ursula Doppmeier (CDU) den Antrag von CDU und FDP „Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – NRWs Wirtschaft bei der Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen unterstützen“ (Drs. 14/2579).

Der Antrag stand auf der Tagesordnung des mitberatenden Ausschusses für Frauenpolitik (Vorsitz Elke Rühl, CDU). Bei der abschließenden Abstimmung wurde er mit den Stimmen der Koalition gegen SPD und Grüne angenommen.

„Angesichts der demographischen Entwicklung ist ein Unternehmen nur dann zukunftsweisend aufgestellt, wenn für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Mitarbeiter aktiv etwas getan wird“, begründete die CDU-Fraktion ihre Initiative.

Es gebe schließlich einen deutlichen Zusammenhang zwischen Erwerbsbeteiligung und Kinderwunsch, meinte auch Ingrid Pieper-von Heiden (FDP). „Wir setzen an bei den unternehmerischen Interessen, um die Wirtschaft zu mehr Anstrengungen in dieser Hinsicht zu ermuntern.“

Die Oppositionsfractionen betrachteten diesen neuen Ansatz mit Bedenken. „Es ist erschreckend zu sehen, wie das Engagement für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur mit wirtschaftlichen Erwägungen begründet

wird“, sagte Gerda Kieninger (SPD). „Schließlich ist das Recht auf Arbeit auch für Eltern ein Menschenrecht.“ Außerdem bliebe der Antrag bei frommen Wünschen und spreche sehr unkonkret davon, dass „die Landesregierung die Wirtschaft in ihren Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen und aktiv begleiten“ solle.

Von einem „Deckmantel über die Kürzungspolitik der Koalition“ sprach Barbara Steffens (GRÜNE). Außerdem interpretierten CDU und FDP ihrer Ansicht nach die Statistik falsch. „Die Frauen bekommen genau so viele Kinder wie in der Vergangenheit“, so Steffens. „Es gibt nur weniger Frauen als früher.“ Außerdem hätten die gängigen Statistiken einen blinden Fleck. „Nicht die Akademikerinnen bekommen weniger Kinder, sondern die Akademiker.“ Nur die Frauen zur Realisierung des Kinderwunsches zu ermuntern, greife also zu kurz.

CDU

Der Landtag soll familienfreundlicher werden

Die CDU-Landtagsfraktion möchte den nordrhein-westfälischen Landtag familienfreundlicher gestalten. „Bereits im September hat sich die Regierungskoalition mit der parlamentarischen Initiative „Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nordrhein-westfälische Wirtschaft bei der Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen unterstützen“ für eine familienfreundliche Politik bei den nordrhein-westfälischen Unternehmen eingesetzt. Nun prüfen wir derzeit, ob und wie der öffentliche Dienst bei der Vereinbarkeit von

Familie und Beruf seiner Vorreiterrolle stärker gerecht werden kann“, erklärte die CDU-Familienpolitikerin Andrea Milz.

Deswegen bittet die CDU-Landtagsfraktion die Landtagspräsidentin zu prüfen, mit welchen Maßnahmen der Landtag Nordrhein-Westfalen familienfreundlicher werden kann. „Neben Angeboten mit dem Ziel einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags während Elternzeiten oder Pflegezeiten soll auch geprüft werden, ob Betreuungsangebote für Be-

sucherinnen und Besucher des Landtags mit kleinen Kindern eingerichtet werden können. Bei den Landtagsfraktionen wollen wir dafür werben, Fragestellungen der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für ihren Bereich zu klären, um dann eventuell zusammen mit der Landtagsverwaltung zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen“, sagte Milz. ■



SPD

SPD: Rüttgers Arbeitsprogramm ist alter Wein in alten Schläuchen

Das von Ministerpräsident Rüttgers vorgestellte Arbeitsprogramm für 2007 ist alter Wein in alten Schläuchen. An keiner Stelle wird die schwarz-gelbe Landesregierung aktiv, um den bundesweiten wirtschaftlichen Aufschwung mit geeigneten Maßnahmen und Initiativen zu unterstützen. Selbst der bereits im Koalitionsvertrag von CDU und FDP festgelegte Innovationsfonds ist immer noch eine reine Worthülse. Es gibt weder ein Konzept, noch kann der Ministerpräsident konkrete Sum-

men nennen; es bleibt alles im Ungefähren und Unverbindlichen. Ausgerechnet in dem wichtigen Bereich der Bildung stiftet der Ministerpräsident wieder Verwirrung. Im Personalhaushalt der Landesregierung sind für 2007 insgesamt 916 zusätzliche Lehrerstellen ausgewiesen. Wie er jetzt auf 1.300 neue Stellen kommt, bleibt sein Geheimnis. Es ist eine einzige Trickserie. Gleiches stellt man auch im Rückblick auf das vergangene Jahr fest. Der CDU-Verkehrsminister Wittke schmückt sich mit fremden Federn,

wenn er die in 2006 getätigten Investitionen in die Bundes- und Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen in Höhe von rund 1,14 Milliarden Euro feiert. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihren Anteil um 40 Millionen Euro gekürzt. Der eigentliche Dank gebührt also dem SPD-Bundesverkehrsminister. ■

GRÜNE

Klimawandel für Landesregierung kein Thema

Abschmelzende Gletscher, immer heftigere Stürme, blühende Kirschbäume im Januar – die Folgen des vom Menschen verursachten Klimawandels sind überall und ständig sichtbar.

Der frühere Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, hat die ökonomischen Auswirkungen des Klimawandels in einem Bericht an die britische Regierung mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise und zweier Weltkriege im 20. Jahrhundert verglichen. Stern geht davon, dass zukünftig 20 Prozent oder mehr des weltweiten Bruttoin-

landsprodukts für die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels aufgebracht werden müssen. Um die dramatischen Folgen zu vermeiden, bedarf es laut Stern einer Stabilisierung des CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre, was letzten Endes eine Reduzierung der jährlichen Emissionen der Industriestaaten um über 80 Prozent bedeutet.

All das ist für die NRW-Landesregierung kein Thema. CDU und FDP haben die Klimaschutzpolitik sogar offiziell beendet: Das Klimaschutzkonzept wird nicht fortgeschrieben, Klimaschutz findet auf Landesebene nicht mehr statt. Nahezu

alle Konzepte und Projekte, die dazu beitragen, CO₂-Emissionen zu reduzieren, werden von der Landesregierung demontiert.

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine der zentralen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Da ist es erschreckend, dass die Landesregierung des Bundeslandes, in dem die schmutzigsten Kohle-Kraftwerke Europas stehen, keinen Anlass für landespolitisches Handeln sieht. Mehr noch: Schwarz-Gelb betätigt sich als Bremsen- und Verhinderer in Sachen Klimaschutz. Das ist keine zukunftsfähige Politik. ■

FDP

Rund 1.000 Gäste konnten die Liberalen bei ihrem traditionellen Neujahrsempfang in Düsseldorf begrüßen. Christian Lindner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, formulierte eine klare Forderung: mehr Lehrer im Klassenzimmer statt im Sitzungszimmer. „Unterricht statt Selbstbeschäftigung“, mit diesen Worten bezeichnet Lindner den Kurs der schwarz-gelben Koalition. Der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Gerhard Papke, ließ in seiner Rede vor den Gästen keinen Zweifel daran, dass die Liberalen den eingeschlagenen Kurs beibehalten werden. „Wir werden die Reformen

entschlossen vorantreiben“, betonte der Fraktionschef. „Und jede grüne Spielwiese, die wir noch finden, wird trockengelegt“, sagte Papke mit Nachdruck. Neben den Plänen der Landesregierung, Mitbestimmung einzuschränken und die Zahl der freigestellten Personalräte zu verringern, werde ein schneller Ausstieg aus den Steinkohlesubventionen vorangetrieben. FDP-Landeschef Andreas Pinkwart blickt optimistisch auf die kommenden zwölf Monate. Mit Blick auf die Rolle der FDP als Reformpartei, gab Pinkwart das Motto aus: „Keinen Tritt auslassen.“ ■



Porträt der Woche: Christian Lindner (FDP)



Im Zivilleben ist Christian Lindner bundesweit der jüngste „FDP-General“. Gelegentlich tauscht der 28-jährige Landtagsabgeordnete aber für einige Wochen den Schreibtisch im Düsseldorfer Parlament mit der Kaserne in Köln-Wahn. Dann dient Lindner, der zunächst den Wehrdienst verweigert hatte, als Oberleutnant der Reserve im Führungszentrum der Luftwaffe.

Kein Zweifel, der schlacksige Twen mit dem blonden Haar und dem asketischen Gesicht ist eine schillernde Persönlichkeit. In Politik und Wirtschaft hat der Frühstarter aus dem Heimatort Wermelskirchen in jungen Jahren mehr ausprobiert als mancher gestandene Alt-Liberale. Bereits als Schüler gründete Lindner bei einer 80-Stunden-Woche 1997 eine Werbeagentur, als Politikstudent zog er 2000 in den Landtag ein und gab nebenbei Wirtschaftsbücher heraus. Das Buch „Die Aktie als Marke“ wurde sogar Wirtschaftsbuch des Jahres.

Als Chef einer Software-Firma verdiente Lindner ab 2000 gutes Geld und leistete sich einen Porsche. Als die New-Economy-Blase platzte, meldete der Liberale Insolvenz an. „Unsere Kunden lösten sich auf, unsere Firma auch“, erinnert sich Lindner. „In meinem Lebenslauf ging es rauf und runter.“ Inzwischen hat Lindner drei Lebenskrisen bewältigt. Die Werbeagentur hatte ihn mit permanenter Nacharbeit zeitlich bis an die körperlichen Grenzen beansprucht, weil er gleichzeitig nach dem Zivildienst einen freiwilligen Wehrdienst hinlegte. Später hat ihn das Aus der Software-Firma schwer getroffen. Und dann der „Fall Möllemann“: Das Drama um den ehrgeizigen Tausendsassa aus Münster veränderte Lindners Verständnis von Politik. „Ich habe gesehen, dass man mit zuviel Ehrgeiz am Ende tragisch enden kann.“

Von Möllemann hat das agile Jungtalent Lindner einst den Spitznamen „Bambi“ verpasst bekommen. Inzwischen hat sich „Bambi“ längst in einen erfolgreichen Polit-Profi verwandelt. Der junge Mann kann reden – darin sind sich Parteifreunde und politische Gegner einig. Unermüdlich tourt Lindner durch die FDP-Kreisverbände, besucht Podiums-Diskussionen und hat nebenbei gerade an der Universität Bonn seinen Magister für Politik, Öffentliches Recht und Philosophie abgelegt.

Bleibt da überhaupt noch Zeit für ein Privatleben? „Relativ wenig“, räumt der Jungpolitiker ein. Mit der Freundin, die in Leipzig studiert, pflegt der Liberale eine Fernbeziehung. „Familienstand ledig, aber seit neun Jahren verliebt“, fasst Lindner knapp zusammen. So oft es geht, saust der Politiker für ein Wochenende nach Leipzig.

Ansonsten joggt der Parteimanager an der heimischen Dhünnalsperre oder schaut sich an den seltenen freien Abenden mit Vorliebe triviale US-Actionfilme an. Eine Erfahrung ist dem selbstbewussten Lindner aber zum eigenen Leidwesen im Alltagsstress versagt geblieben: „Ein normales Studentenleben mit Partys und Kaffee trinken in der Mensa hatte ich nie.“

ZUKUNFT

Dafür spielt der Liberale mit dem „Hobby FDP“ inzwischen politisch in der ersten Landesliga. Dort kämpft der Jungpolitiker vor allem für die Interessen der jungen Generation. „Angesichts einer älter werdenden Gesellschaft besteht die Gefahr, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen unter die Räder kommen.“

Im Landtag sieht der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion viele Schnittmengen mit dem Koalitionspartner CDU. Das schließt nicht aus, dass er von Zeit zu Zeit auch gegen die CDU-Ministerriege und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers stichelt. Als Vertreter einer „Partei für wirtschaftliche Vernunft“ setzt Lindner naturgemäß andere Akzente als Arbeiterführer Rüttgers. „Getrennt marschieren, vereint schlagen.“ Hauptsache, dass es in der Addition für Schwarz-Gelb reicht.

Ob er sich eine spätere Rückkehr aus der Politik in die Wirtschaft vorstellen kann? Lindner schließt das nicht aus. „Dass ich 2010 noch politisch aktiv sein werde, ist klar. Ob das auch 2020 noch gilt, weiß ich nicht“, sagt der Generalsekretär. Im Jahr 2020 wäre Lindner gerade knapp über 40 Jahre alt – sicher noch nicht zu spät für einen Umstieg in die Wirtschaft. Lindner ist viel zu aktiv und neugierig, als dass er sich selbst Fesseln anlegen wollte.

Wilfried Goebels

Dreifacher Triumph

Mit dreifachem Triumph kehrte der FC Landtag vom Hallenfußballturnier aus dem schleswig-holsteinischen Breklum nach Nordrhein-Westfalen zurück. Nicht nur, dass er ausgezeichnet wurde, weil er mit dem 71-jährigen Günter Langen, nebenbei Präsident des FCL, den ältesten Spieler aufs Feld schickte. Er hatte mit Wolfgang Euteneuer auch den erfolgreichsten Torschützen in seinen Reihen und errang nicht zuletzt den heiß begehrten, weil zwischenzeitlich abhanden gekommenen Wanderpokal als Sieger des mit acht Teams besetzten Hallenturniers.

Noch nicht ganz warm gespielt, trennte sich der FCL im ersten Match von den Bielefelder Rathauskicker mit 0:0. Schon besser in Schwung rangen die NRW-Kicker das Team des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags mit 3:2 nieder. In einem wahren Torrausch fegte er die „Himmlichen Kicker“ mit 8:0 in die Abgründe der Fußballhölle. Das NF-Oldie-Star-Team II unterlag dem FCL mit 1:3. Das Flugabwehrraketengeschwader 1 „Schleswig-Holstein“ wurde mit 4:2 abgefertigt. Beim NF-Oldie-Star-Team I war es mit einem 4:3 schon knapper. Im Anschluss daran allerdings wieder ein souveränes 3:1 gegen die Traditionsgemeinschaft JaboG 41. Und im Endspiel dann das eindeutige 4:1 gegen den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag.

Von den acht Begegnungen des Turniers hat der FC Landtag NRW bei einem Unentschieden sieben Spiele für sich entschieden und ein Torverhältnis von 29 zu zehn erzielt: ein Triumph im hohen Norden der Republik.

Herausgeberin:

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion:

Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Weitere Mitarbeiterin: Doro Dietsch

Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450 Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 28. Januar bis 4. Februar 2007

28.1. Karl Schultheis (SPD)	54
28.1. Jürgen Unruhe (SPD)	37
31.1. Ulrike Apel-Haefs (SPD)	55
31.1. Angela Tillmann (SPD)	50
3.2. Gisela Walsken (SPD)	49
4.2. Reiner Priggen (GRÜNE)	54

Hannelore Kraft (SPD), Fraktionsvorsitzende, ist auf dem Sonderparteitag in Bochum an die Spitze des SPD-Landesverbands NRW gewählt worden. 95,6 Prozent der Delegierten votierten für die 45-jährige Landtagsabgeordnete. Die Mülheimerin erhielt 410 Ja-Stimmen, 18 stimmten mit Nein, es gab eine Enthaltung. Kraft folgt damit im Amt auf Jochen Dieckmann, der vor Kurzem seinen Verzicht auf die Führung des größten SPD-Landesverbands angekündigt hatte und im März aus dem Landtag ausscheiden will.

Fritz Pleitgen, scheidender WDR-Intendant, tritt Anfang April sein neues Amt als Vorsitzender der Geschäftsführung der Ruhr 2010 GmbH an. Zusammen mit dem Essener Kulturdezernenten **Oliver Scheytt** soll Pleitgen die Kulturhauptstadt 2010 in Essen und im Ruhrgebiet planen und durchführen.

Datensammlungen

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik tritt mit Neuerscheinungen und Neuauflagen an die Öffentlichkeit. „Die Gemeinden NRWs“ ist ein Taschenbuch mit einer Auswahl von Merkmalen für alle Gemeinden (inkl. CD-ROM). „NRW regional 2006“ bietet auf einer DVD einen aktuellen und umfangreichen Querschnitt (ca. 18 Millionen Daten) aus allen wichtigen Bereichen der amtlichen Statistik. „Statistik regional 2006“ und „Statistik lokal 2006“ enthalten wirtschaftliche und soziale Fakten aus der amtlichen Statistik für alle deutschen Kreise und kreisfreien Städte und bieten Fakten für alle deutschen Gemeinden, Kreise, kreisfreien Städte, Länder und den Bund. Näheres – sowie die Bezugspreise – unter www.lds.nrw.de/shop

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 25. Januar 2007 ein: Um 8.00 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

